

Essays der Gewinner des Wettbewerbs zum Thema „Das europäische Sicherheitssystem: Möglichkeiten und Wege zur Krisenüberwindung“

Im Laufe des Jahres 2018 haben die **Konrad Adenauer Stiftung** in Moskau und das **Information Centre for International Security** in Wolgograd eine Essayausschreibung unter russischen und deutschen Studenten und Doktoranden durchgeführt, in dessen Rahmen junge Sicherheitsexperten einen wissenschaftlichen Artikel verfassen sollten.

Mit dieser Broschüre freuen wir uns, die Essays der Gewinner des Wettbewerbs zu veröffentlichen.

ESSAYAUTOREN:

Ferdinand Bous

Nils Busekros

Alexander Golubkov

Daniel Gottal

Denis Ivanovskii

Julian Pawlak

Mariia Popova

Michael Richter

Yaroslav Shevchenko

Alexei Stanonis

Vladimir Stosic

Mariia Tarasova

Elena Teniukova

Übersetzung vom Russischen: Michael Peregudov.

Organisation und Kozept

Claudia Crawford

Leiterin, KAS-Moskau

E-Mail: claudia.crawford@kas.de

Eugenia Löhken

Projektkoordinatorin, KAS-Moskau

E-Mail: evgenija.loehken@kas.de

Igor Chernov

Leiter, ICIS

E-Mail: icisecurity@gmail.com

Michael Frolov

Projektassistent, KAS-Moskau

E-Mail: mikhail.frolov@kas.de

FERDINAND BOUS

Student, Staats- und Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt internationales Recht und internationale Politik, Universität der Bundeswehr in München

Essay zur russischen Flottenpolitik im Kontext der Krisenüberwindung mit der Europäischen Union

Einleitung

Seit dem Zerfall der Sowjetunion erlebten die Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und Europa verschiedene Höhen und Tiefen. Seit der Annexion der Krim und der russischen Beteiligung am syrischen Bürgerkrieg scheinen die Beziehungen einen neuen Tiefpunkt erreicht zu haben. Die Leitfrage dieses Essays lautet, wie eine zukünftige europäisch-russische Friedensordnung aussehen könnte. Meine These dabei ist, dass die geostrategische Lage Russlands ein Bedrohungsfaktor im Empfinden Moskaus darstellt.

Die Handlungen der Russischen Föderation lassen sich unter anderem mit der prekären marinestrategischen Lage Russlands erklären. Die Annexion der Krim erfolgte, um sich die Seehoheit im Schwarzen Meer zu sichern. Der Krieg in Syrien wird für den Erhalt des Marinehafens Tartus, Russlands einziger direkter Zugang zum Mittelmeer, geführt. Daher scheint es sinnvoll zu sein, einen näheren Blick auf Russland und seine marinestrategische Lage zu werfen.

Dieses Essay will aufzeigen, wie Russland außenpolitisch denkt und was seine Handlungsmaximen dabei sind. Darauf aufbauend soll erläutert werden, warum der Zugang zu internationalen Meeren für Russland so wichtig ist. Abschließend sollen die Gedanken zusammengeführt werden und Lösungsansätze der EU für die Herausforderung Russland kurz diskutiert werden.

Russlands erklärte Ziele in der Außenpolitik

Am Anfang stellt sich die Frage nach den Zielen der russischen Außenpolitik. Es sei angemerkt, dass sich die Ziele der Außenpolitik nicht ohne die Kenntnis der russischen Geschichte, aus der ein starkes Bedrohungsempfinden und Sicherheitsstreben des russischen Staates abzuleiten ist, erklären lässt.¹ Weiterhin hat die NATO Osterweiterung ein tiefes Misstrauen der Entscheidungsträger in Moskau in Bezug auf die NATO zur Folge gehabt.²

Ziel der russischen Föderation ist die Aufhebung der Unipolarität und die Etablierung einer multipolaren Welt, gepaart mit dem Anspruch, „ [...] ein Pol in einer multipolaren Welt zu sein, [...]“.³ Ausgehend von diesem Ziel hat die Russische Föderation per se keine Rivalität mit der Europäischen Union, sondern eine Rivalität mit den USA, denn die USA sind die dominierende Weltmacht. Eine strategische Partnerschaft ist aufgrund wirtschaftlicher Interdependenzen zwischen EU und Russland möglich.⁴

Es lassen sich also aus den Zielen der russischen Außenpolitik zwei Grundsätze ableiten. Erstens: Die Rivalität mit den USA und zweitens: das Streben nach einer Großmachtstellung bzw. der Anerkennung als Großmacht.⁵ Abgeleitet aus diesen beiden Punkten muss Russland der NATO skeptisch gegenüberstehen, zementiert sie doch die Stellung der USA und erlaubt ihnen, einen vorgeschobenen Außenposten in der Nähe der russischen Grenze zu halten. Es gilt also festzuhalten, dass eine Annäherung bzw. ein Eintritt der Russischen Föderation in die NATO als Lösung der Spannungen nicht in Frage kommt.

Zugang zu den internationalen Meeren

Wenden wir uns nun dem zweiten zentralen Ziel Moskaus zu: der Anerkennung als Großmacht. Um als Großmacht anerkannt zu werden muss es einem Staat gelingen, Macht zu projizieren. Macht wird unter anderem durch die Flotte eines Landes projiziert. Durch diese bieten sich diverse diplomatische und militärische Handlungsmöglichkeiten im Friedens-, und im Krisenfall.⁶ Auch in Friedenszeiten hat die Russische Föderation ein Interesse daran, seine Überseehandelswege offen zu halten, da offene Seewege der Schlüssel zu wirtschaftlicher Prosperität sind.⁷

Betrachtet man nun die marinestrategische Lage der Russischen Föderation fällt folgendes auf: Alle eisfreien Zugänge Russlands zu bedeutenden Meeren werden von NATO Nationen⁸ oder Verbündeten der USA⁹ kontrolliert. Im Krisenfall wäre die Russische Föderation vom guten Willen der NATO Staaten und Japans abhängig, um effektiv Macht im überseeischen Krisengebiet projizieren zu können. Auf diesen guten Willen kann aus russischer Sicht nicht gehofft werden, da Moskau der NATO als Institution und den USA misstraut. Fasst man diese Erkenntnisse zusammen, so kann es nur das Ziel Moskaus sein, Autonomie im Bezug auf den Einsatz der Seestreitkräfte zu erhalten, denn falls ihnen das nicht gelingt „[...] dann schmälert dies das Machtpotential des jeweiligen Staates [Russland] im Allgemeinen und seine Kriegsfähigkeit im Speziellen.“¹⁰

Meine These lautet daher, dass die Europäische Union wenn sie dauerhaften Frieden mit Russland sucht, Moskau Zugeständnisse im Bereich der Meerengen entweder um den Bosphorus und die Dardanellen oder um den Nord-Ostsee Kanal machen muss. Wie diese Maßnahmen konkret aussehen könnten, wird im nächsten Kapitel diskutiert werden.

Zusammenfassung

Die Maßnahmen der EU könnten sich zum Beispiel auf Institutionen der kollektiven Sicherheit beziehen. Eine Einbindung der maritimen Einheiten Russlands in eine europäische Wehrgemeinschaft wäre hierbei denkbar, da so das Misstrauen Russlands reduziert werden könnte.

Ein radikalerer Schritt wäre zum anderen der Austritt der die Meerengen kontrollierenden Staaten über Artikel 13 des NATO Vertrages. Dieser Schritt scheint aber unwahrscheinlich: Die austretenden Staaten würden aus neorealistischer Perspektive Sicherheit aufgeben, um eine potentielle Annäherung mit Russland zu schaffen. Dabei wäre der Nettoverlust an Sicherheit stets höher zu bewerten als die Möglichkeit eines Ausgleichs mit Russland.

Daher muss aus meiner Sicht versucht werden die Russische Föderation zusammen mit der EU in ein System kollektiver Sicherheit zu integrieren. Ein

Beitritt Russlands zur Europäischen Armee würde das Bedrohungsempfinden Russlands reduzieren, und durch den Austausch von Informationen einen Vertrauensaufbau garantieren. Die Integration in eine europäische Armee kann sukzessive über die Integration der Seestreitkräfte aller teilnehmenden Staaten erfolgen, so behält jeder Akteur zunächst einmal die Souveränität über die Landstreitkräfte.

Solche Einbindungsmaßnahmen dürfen nie alleiniger Teil der EU Strategie für Russland sein. Gleichzeitig muss die EU immer noch Handlungsmöglichkeiten haben, falls die Russische Föderation aggressiver wird und die Integrationsversuche scheitern. Dennoch muss die EU hier bereit sein, der Russischen Föderation einen großen Vertrauensvorschuss entgegenzubringen, denn nur durch gegenseitiges Vertrauen und den ersten Schritt in die richtige Richtung kann eine Krise überwunden werden und eine langfristige Partnerschaft entstehen.

Literaturverzeichnis

1. Eitelhuber, Norbert (2015): Russland im 21. Jahrhundert. Reif für eine multipolare Welt? : eine Analyse der strategischen Kultur Russlands und das daraus abgeleitete Erfordernis einer konfliktensiblen Aussen- und Sicherheitspolitik gegenüber Russland. Frankfurt am Main: Peter Lang Edition (Sicherheit in der multipolaren Welt, Band 3).
2. Gerald Böhm/Matthias Wasinger (2018): Seemacht Russland (Teil 2). In: *Österreichische Militärische Zeitschrift* (4), S. 563–576. Online verfügbar unter <https://www.oemz-online.at/pages/viewpage.action?pageId=12288238>.
3. Grove, Eric (1990, cop. 1990): The future of sea power. London: Routledge.

Fußnoten

1. Vgl. Eitelhuber: Russland im 21. Jahrhundert, Hamburg, 2015, S. 164-166.
2. Vgl. Eitelhuber: Russland im 21. Jahrhundert, Hamburg, 2015, S.185-190.
3. Eitelhuber: Russland im 21. Jahrhundert, Hamburg, 2015, S.251.
4. Vgl. Böhm/ Wasinger: Seemacht Russland (Teil 2) in: ÖMZ 4/2018, S.570. ⁵ Vgl. Böhm/Wasinger: Seemacht Russland (Teil 2) in: ÖMZ 4/2018, S. 570. ⁶ Vgl. Grove: The Future of Sea Power, London, 1990, S. 192-194.
5. Vgl. Böhm/ Wasinger: Seemacht Russland (Teil 2) in: ÖMZ 4/2018, S. 567.
6. Türkei und Griechenland am Bosphorus und den Dardanellen, Dänemark und Deutschland am Kattegat und am Nord- Ostsee Kanal.
7. Japan am japansichen und Ochotskischen Meer
8. Böhm/ Wasinger: Seemacht Russland (Teil 2) in: ÖMZ 4/2018, S. 567.

NILS BUSEKROS

Bachelorstudent, Politik- und Geschichtswissenschaften, Universität Bonn

Nicht erst seit den Kriegen in Libyen oder in Syrien haben Regierungen, wie in Moskau oder Peking, den Eindruck, Europa außen- und sicherheitspolitisch weniger ernst nehmen zu können. Doch gerade der Krieg in Syrien und seine Folgen haben Europa gezeigt, dass sich Europa aus Konflikten außerhalb seiner Grenzen nicht mehr einfach heraushalten kann.

Die globalen Herausforderungen brauchen ein starkes Europa. Doch Europa steht selbst vor großen Schwierigkeiten. Durch den Brexit steht Europa und nicht zuletzt Großbritannien eine starke Schwächung bevor. Die Flüchtlings- und Migrationskrise von 2015 hat die europäischen Gesellschaften gespalten, Parteiensysteme grundlegend verändert und rechtspopulistische Regierungen geschaffen.

Auch auf sicherheitspolitischer Ebene steht Europa vor großen Herausforderungen. Nach Ende des Kalten Krieges wurden die Verteidigungsausgaben stark verringert, viele Waffensysteme sind nur teilweise einsetzbar. Auf dem Nato-Gipfel in Wales 2014 einigten sich die NATO-Staaten, die Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben weiter voranzutreiben. Bis 2024 sollen mindestens zwei Prozent der nationalen Bruttoinlandsprodukte (BIP) in den Verteidigungshaushalt investiert werden.ⁱ

Der Ausbau der Außen- und Sicherheitspolitik besitzt das größte Potential, um Europa für die Zukunft zu rüsten und für weitere Integration zu sorgen. Denn anders, als in der Haushalts-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sind die Differenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik geringer.ⁱⁱ

Den Grundstein dafür legte der Vertrag von Lissabon mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Darin enthalten ist auch die Ständige strukturierte Zusammenarbeit (PESCO), die den Ausbau der sicherheitspolitischen Fähigkeiten der Mitgliedsländer vorantreiben soll. Dazu wurde ein EU-Verteidigungsfonds geschaffen, der den Mitgliedsländern bei Forschung und Fähigkeitsentwicklung finanzielle Unterstützung gewähren soll.ⁱⁱⁱ

Der französische Präsident Emmanuel Macron sieht besonders einen Mangel in der strategischen Ausrichtung der europäischen Verteidigungspolitik: „Woran es Europa, diesem Europa der Verteidigung, heute am meisten fehlt, ist eine gemeinsame strategische Kultur.“^{iv} Macrons Ansatz sieht vor, die gemeinsame Ausrichtung durch eine europäische Interventionsinitiative mit einer vereinten Einsatztruppe zu kombinieren. Ziel dessen soll sein, dass die EU den globalen Herausforderungen nicht mit untereinander konkurrierenden strategischen Ausrichtungen begegnet, sondern durch Integration und Einigkeit gemeinsam handelt. Aus Sicht des französischen Präsidenten kann Europa so, in Ergänzung zur NATO, wesentlich handlungsfähiger werden. Macron schlägt den EU-Staaten vor, so bald wie möglich nationale Streitkräfte in die anderer EU-Staaten zu integrieren und diese in möglichst viele Operationen einzubinden. Anfang 2020 soll aus Sicht des Franzosen eine gemeinsame EU-Armee, ein angemessener EU-Verteidigungshaushalt und eine gemeinschaftliche strategische Ausrichtung.^v

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Bedeutung einer gemeinsamen strategischen Ausrichtung erkannt. Sie hält einen Europäischen Sicherheitsrat mit rotierenden Mitgliedschaften für sinnvoll, der Flexibilität und Handlungsfähigkeit stärken soll.^{vi} Andererseits ist vor allen Dingen die SPD in Fragen strategischer Autonomie Europas zurückhaltender. Bei den Sozialdemokraten dominiert nach wie vor in vielen Teilen die Vorstellung, Europa sei eine reine Zivil- oder Friedensmacht. Dazu gehört auch, im Umgang mit Krisen rein auf zivile- statt auch auf militärische Mittel zu setzen.

Dieser auf den ersten Blick nachvollziehbare Ansatz einer europäischen Friedens- und Zivilmacht wird jedoch den heutigen Realitäten nicht mehr gerecht. Mehr als 65 Millionen Menschen sind nach Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) aus ihren Ländern vor Hunger, Krieg und Gewalt geflüchtet.^{vii}

In der französischen Politik gibt es große Zweifel, ob eine multilaterale, verteidigungspolitische Verzahnung zum Erfolg führen kann. Grund dafür ist vor allen Dingen der deutsche Parlamentsvorbehalt, der dem Bundestag das Recht vorbehält, für oder gegen einen deutschen Auslandseinsatz zu stimmen. Dies könnte zur Folge haben, dass multinationale europäische Streitkräfte plötzlich nicht mehr einsatzfähig wären. Der ehemalige Diplomat Wolfgang Ischinger schlägt vor, dass ein Präferenzbeschluss verabschiedet werden könne. Dieser würde beinhalten, dass schon integrierte Streitkräfte der EU oder der NATO mit deutscher Beteiligung von der Bundesregierung entsendet werden können. Der Bundestag würde in diesem Fall statt seinem Vorbehaltsrecht ein Vetorecht haben.^{viii}

Abschließend lässt sich sagen, dass vor allem die Koordinierung der deutsch-französischen Beziehungen Kooperation entscheidend sein wird für den Erfolg oder Misserfolg der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und ihrem Umgang mit den globalen Herausforderungen. Eine sicherheitspolitische Verzahnung Deutschlands und Frankreichs würde auch eine Vermischung der militärischen Kulturen beider Nachbarländer bedeuten. Auf der einen Seite die verhaltene, „deutsche Kultur der militärischen Zurückhaltung“^{ix} und auf der anderen Seite die „französische Kultur autonomer militärischer Aktionsfähigkeit“^x. Würden sich beide Ausrichtungen annähern, wäre damit ein großer Schritt in Richtung einer gemeinsamen europäischen Armee gemacht. Um eine Annäherung voranzutreiben, sollte eine gemeinsame Sicherheitsstrategie entworfen werden. Diese könnte als Grundlage und Rahmenbedingung für die geplante europäische Interventionsarmee dienen.

In Deutschland und Frankreich ist viel einer europäischen Aufbruchsstimmung zu hören. Nur, wenn Deutschland und Frankreich sich die vielen Herausforderungen und Konflikte, mit denen Europa konfrontiert ist, endlich bewusst machen, wird eine gemeinsame strategische Kultur für Europa Realität werden. Wenn Paris und Berlin auf Basis dieser Kultur für eine wirkliche Stärkung und Handlungsfähigkeit der gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik sorgen, würden Macron und Merkel endlich Bewegung in die Außen- und Sicherheitspolitik Europas bringen und so einen erheblichen Beitrag zur Krisenüberwindung des europäischen Sicherheitssystems sorgen.

Literaturverzeichnis

1. Ischinger, Wolfgang: „Deutschland macht nur Dinge, bei denen man nicht nass wird“, 11.08.2018, in: <https://www.tagesspiegel.de/politik/wolfgang-ischinger-im-interview-deutschland-macht-nur-dinge-bei-denen-man-nicht-nass-wird/22902048.html>, zuletzt abgerufen am 14.10.2018.
2. Ischinger, Wolfgang: Welt in Gefahr. Deutschland und Europa in unsicheren Zeiten, Berlin 2018.
3. Macron, Emmanuel: Initiative für Europa - Die Rede von Sorbonne, 26.09.2017, in: <https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatsprasident-Macron-im-Wortlaut>, zuletzt abgerufen am 14.10.2018.
4. Puhl, Detlef: Strategische Autonomie für Europa. Kommen Berlin und Paris zusammen?, in: https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2018_08.pdf, zuletzt abgerufen am 14.10.2018.
5. Staigis, Armin: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen strategischen Kultur. Wie steht es um den Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion und was bedeutet das für die Bundeswehr?, in:

Essaywettbewerb von der KAS-Moskau und dem ICIS
„Das europäische Sicherheitssystem: Möglichkeiten und Wege zur Krisenüberwindung“

https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2018_16.pdf, zuletzt abgerufen am 14.10.2018.

6. Störer, Silvia: Zwei-Prozent-Ziel - wer hat´s erfunden?, 07.01.2018, in:
<https://www.tagesschau.de/inland/verteidigungsausgaben-103.html>, zuletzt abgerufen am 14.10.2018.
7. Die Welt: Mehr Menschen denn je in der Welt auf der Flucht, 19.06.2017, in:
https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article165676120/Mehr-Menschen-denn-je-in-der-Welt-auf-der-Flucht.html, zuletzt abgerufen am 14.10.2018.

Fußnoten

ⁱ Vgl. Störer, Silvia: Zwei-Prozent-Ziel - wer hat´s erfunden?, 07.01.2018, in:

<https://www.tagesschau.de/inland/verteidigungsausgaben-103.html>, zuletzt abgerufen am 14.10.2018.

ⁱⁱ Vgl. Ischinger, Wolfgang: Welt in Gefahr. Deutschland und Europa in unsicheren Zeiten, Berlin 2018, S. 257.

ⁱⁱⁱ Vgl. Puhl, Detlef: Strategische Autonomie für Europa. Kommen Berlin und Paris zusammen?, in:

https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2018_08.pdf, zuletzt abgerufen am 14.10.2018, S. 2.

^{iv} Macron, Emmanuel: Initiative für Europa - Die Rede von Sorbonne, 26.09.2017, in: <https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatspräsident-Macron-im-Wortlaut>, zuletzt abgerufen am 14.10.2018, S. 2.

^v Vgl. ebd., S. 4.

^{vi} Vgl. Staigis, Armin: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen strategischen Kultur. Wie steht es um den Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion und was bedeutet das für die Bundeswehr?, in:

https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2018_16.pdf, zuletzt abgerufen am 14.10.2018, S. 3.

^{vii} Vgl. Die Welt: Mehr Menschen denn je in der Welt auf der Flucht, 19.06.2017, in:

https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article165676120/Mehr-Menschen-denn-je-in-der-Welt-auf-der-Flucht.html, zuletzt abgerufen am 14.10.2018.

^{viii} Vgl. Ischinger, Wolfgang: „Deutschland macht nur Dinge, bei denen man nicht nass wird“, 11.08.2018, in:

<https://www.tagesspiegel.de/politik/wolfgang-ischinger-im-interview-deutschland-macht-nur-dinge-bei-denen-man-nicht-nass-wird/22902048.html>, zuletzt abgerufen am 14.10.2018.

^{ix} Puhl, a.a.O., S. 2.

^x Ebd.

ALEXANDER GOLUBKOV

*Studierender im 1. Studienjahr, Juristische Fakultät,
Russische Staatliche Pädagogische Herzen-Universität, Sankt Petersburg*

Das System der kollektiven Sicherheit in Europa

Um heute die Faktoren verstehen und feststellen zu können, von denen Stabilität und Sicherheit in Europa abhängen, könnte man sich durchaus an diese Worte des amerikanischen Politikwissenschaftlers Zbigniew Brzeziński erinnern: »Die moderne Welt zeichnet sich heute durch Interaktivität und Kohärenz aus. Außerdem stehen zum ersten Mal in der Geschichte gewohnte internationale Konflikte im Schatten eines allgemeineren Problems – ob die Menschheit als solche überlebt.«¹ Tatsächlich hängt die Sicherheit der führenden Weltmächte vor dem Hintergrund der vorangehenden Globalisierung nicht nur von den Prozessen in ihren jeweiligen Heimatregionen ab, sondern auch von den Ereignissen in anderen, mitunter sehr weit entfernten Teilen der Welt. Deswegen erscheint es logisch, die wichtigsten Gefahren für die Sicherheit Europas, deren Epizentrum in- wie außerhalb des Kontinents liegt, zu definieren. Danach werden wir auf die Mechanismen eingehen, die berufen sind, die Probleme zu lösen, um ihre Effizienz zu beurteilen.

Was die äußeren Gefahren für Europa angeht, so heißt das Problem Nummer eins Terrorismus, dessen Wurzeln im Nahen Osten und in Nordafrika sind. Man kann nicht sagen, dass Terrorismus ein ausschließlich europäisches Problem ist. Solche einflussreichen Akteure wie die USA, Russland, Pakistan und Indien sind ebenfalls sehr mit der Lösung des Problems beschäftigt. Aber die Europäische Union ist wegen ihrer geopolitischen Lage, der demokratischen politischen Ordnung und der Vorherrschaft der liberalen Ideologie in den am meisten entwickelten Regionen am empfindlichsten gegen diese Gefahr. Die NATO-Einsätze im Irak, in Afghanistan, Libyen, Syrien und den Staaten außerhalb des Nahen Ostens, aber mit einem bedeutenden Anteil der muslimischen Bevölkerung, zum Beispiel in Mali, zogen einen massiven Flüchtlingsstrom in die EU nach sich. Das Migrationssystem der EU war darauf nicht vorbereitet. Politische und religiöse Radikalisierung der Menschen mit einem geringen Bildungsstand, die ihr Zuhause hatten verlassen müssen, in Verbindung mit einem riesigen Wohlstandsgefälle zwischen Migranten und Einheimischen lösten eine Terrorismuswelle aus. Um das Ausmaß des Problems zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass die EU-Staaten keine gemeinsame Nahost- und Nordafrikapolitik haben. Der französische Präsident Hollande erklärte zwar seinerzeit aus Gründen der heute allgegenwärtigen politischen Korrektheit das Ende von Françafrique, aber Frankreich, ein Land, das in diesen Regionen historisch bedingte wirtschaftliche Interessen von sudanesischen Uranvorkommen bis hin zu libyschen Erdölfeldern hat, wird diese nicht ohne Weiteres verlassen. Die Visegrád-Staaten sind hingegen skeptisch gegenüber der NATO-Politik im Nahen Osten und in Nordafrika. Davon zeugt zumindest, dass nationalistische politische Kräfte dort vermehrt an die Macht kommen und dass sich diese Staaten weigern, die Migranten laut EU-Quoten aufzunehmen. Die Lage wird auch noch dadurch erschwert, dass die USA eine de facto unangefochtene Führungsmacht in der NATO sind. Die Vereinigten Staaten sind von den wichtigsten globalen Konfliktherden recht weit entfernt und können sich deshalb keine allzu großen Sorgen um einen schnellstmöglichen Frieden im Osten machen. Sie verfügen allerdings über ein unvergleichbar größeres militärisches Potenzial, mit dem sie ihre Interessen durchsetzen können. Laut Brzeziński sind sie eine Hegemonialmacht. Eine fehlende gemeinsame Position zur Ostpolitik ist für die

NATO gefährlich, aber die Differenzen sind nicht so stark, vor allem dank der innereuropäischen Gefahr, die seinerzeit schon ein neues Leben in die alte Allianz eingehaucht hat. Die Gefahr heißt Russland.

Nach dem Ende des Kalten Krieges war ziemlich schnell die Frage auf der Tagesordnung, ob man die NATO noch brauche. Der Warschauer Vertrag existierte nicht mehr und das junge Russland wollte enge Beziehungen zu den USA und zu Europa aufbauen. Einige NATO-Mitglieder weigerten sich sogar, ihre Beiträge zu zahlen. Ein erstes Zeichen des kommenden Wandels war der Vorstoß nach Priština während des Kosovokrieges, als Russland noch unter Präsident Jelzin seine Fallschirmjäger zum Flughafen Slatina schickte. Die rein politische Geste mit dem Ziel, die an Zustimmung gewinnenden russischen Konservativen zu beruhigen, verursachte eine harte Rhetorik zwischen den USA und dem bereits neuen Russland. Dieses historische Ereignis ist auch deswegen einmalig, weil gerade 1999 ein Präzedenzfall geschaffen wurde, wo die russische Regierung die Außenpolitik benutzte, um die eigenen Beliebtheitswerte und die Stimmung im Inland zu beeinflussen. Weitere markante Beispiele für diese Taktik sind die Rede Wladimir Putins in München und die russische Aggression in Georgien 2008, die Annexion der Krim 2014 und die anschließende Unterstützung der Freischärler in der Südostukraine. Russland liefert den USA seit 1999 ab und zu Vorwände, um die Existenz der NATO gegenüber den Verbündeten zu legitimieren. Es ist bemerkenswert, dass gerade die EU-Staaten am meisten unter der Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EU und Russland leiden, die offiziell die härteste Rhetorik gegenüber Russland pflegen. Die baltischen Staaten sind wegen des Konflikts zum Beispiel zu einer Demarkationszone geworden, so wie einmal West-Berlin. Eine Gegend, die im Kriegsfall zum Frontgebiet werden kann, ist für Investoren wenig lukrativ. Trotzdem haben die an Russland grenzenden EU-Staaten mehrere Gründe für eine harte Rhetorik gegenüber ihrem Nachbarn. Erstens ist es eine Art Abmachung mit militärisch stärkeren NATO-Partnern (den USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland usw.), laut der die Grenzregionen als Gegenleistung für die harte Rhetorik mit Militärstützpunkten und Streitkräften der stärkeren Verbündeten verteidigt werden. Es ist ein durchaus logischer Schritt, sind doch die an Russland grenzenden kleineren Staaten mit einem hohen Anteil an russischsprachiger Bevölkerung nach den Ereignissen in der Ukraine 2014 durch nichts vor einer derartigen russischen Aggression geschützt. Zweitens ist es die Einstellung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung gegenüber Russland, die eine Vorgeschichte hat, man denke nur an die Beziehungen zwischen Russland und dessen osteuropäischen Nachbarn. Nach dem Beginn der Ukraine-Krise ist das besonders deutlich geworden. Drittens sind Verhandlungen mit Russland über eine Stabilisierung der Beziehungen zurzeit zumindest sehr schwierig, wenn nicht ganz ausgeschlossen. Die russische außenpolitische Rhetorik weicht oft von offiziellen Äußerungen ab, der Vertrauensvorschuss, den Russland besitzt, ist momentan sehr gering. Die markantesten Beispiele dafür sind die Erklärung des Präsidenten Putin 2014, dass sich auf der Krim angeblich keine russischen Streitkräfte befinden, und die Versuche des russischen Außenministeriums, den Chemiewaffenangriff im syrischen Duma eine Provokation zu nennen.

Viele westeuropäische Staaten wie Deutschland oder die Niederlande sind ihrerseits stark vom Erdgas und den Kohlewasserstoffen aus Russland abhängig. Natürlich schränkt das den Spielraum in Bezug auf Russland ein, so dass es eine Möglichkeit zur Manipulation bekommt. Solche NATO-Partner wie die USA hatten es schon verstanden und begannen, Schieferöl nach Europa zu verkaufen, aber diese Mengen werden selbstverständlich nicht alle russischen Exporte nach Europa ersetzen können. Einen Teil des EU-Energiemarktes kann künftig Frankreich mit Françafrique, d.h. mit Erdöl und Erdgas aus seinen Lagerstätten in Nord- und Westafrika, abdecken.

Abschließend kann man sagen, dass das europäische System der kollektiven Sicherheit momentan vor allem zwei Probleme hat: den aus dem Osten kommenden Terrorismus und Russland. Zwei Säulen für die Lösung des Problems sind die NATO und die EU. Vor dem Hintergrund der EU-Krise ist der Verzicht auf ein »Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten« ein richtiger Schritt Angela Merkels und Emmanuele Macrons. Die EU-Reform, die Macron vorgeschlagen hat, kann die Spaltung überwinden und folglich eine einheitliche Migrationspolitik entwickeln helfen. Damit aber diese Politik effizient bleibt, braucht die EU eine weitere institutionelle Neugestaltung. Eine kluge Migrationspolitik und Präventionsmaßnahmen im Osten sind die Mittel, die am ehesten vor Terrorismus schützen können. In diesem Sinne profitierte die EU von der Erklärung des Präsidenten Trump, die USA wollen ihren Beitrag zum NATO-Haushalt kürzen. Die EU war dadurch ein weiteres Mal erinnert, dass sie ihre Streitkräfte stärken und Verteidigungsausgaben erhöhen soll.

Europa braucht ein demokratisches und wohlwollendes Russland, weil nur Russland einen Beitrag zum Kampf gegen den Terrorismus in Zentralasien und in östlichen Grenzregionen leisten kann. Ein System, wo allein die USA vorherrschen und selbst die Einflussphären unter ihren Verbündeten aufteilen, wo die USA auch für die Erhaltung des Friedens zuständig sind, ist am effizientesten im Kampf gegen den globalen Terrorismus. Deswegen können die Beziehungen zwischen Russland und der EU im Moment nur über Washington geändert werden. Laut Freedom House ist Demokratie in Russland nach wie vor sehr schwach entwickelt², das macht die russische Regierung wenig berechenbar und kaum von der Bevölkerung kontrollierbar. In diesem Sinne war es eine geschickte Entscheidung der EU, das amerikanische Demokratie-Konzept als Grundlage für weltweite Stabilität zu übernehmen. Die EU und die USA sollten ihre Sanktionen gegen Russland verstärken, damit in Russland ein Wandel vom hybriden Regime mit Neigung zum Autoritarismus in Richtung Demokratie vollzogen wird. Die Aufgabe der EU-Staaten in Zusammenarbeit mit den USA wird künftig darin bestehen, einen friedlichen Machtwechsel in Russland zu gewährleisten und dann ihre *soft power* einzusetzen, um einen neuen nützlichen Verbündeten zu gewinnen.

»Einigkeit, demokratische Werte und präventive Handlungen« können die grundlegende Idee hinter dem System der kollektiven Sicherheit in Europa sein. Innere Einigkeit als Grundlage für Stabilität, demokratische Werte als *soft power* und präventive Handlungen wie Streitkräfteeinsätze in den Fällen, wo eine unverzügliche Intervention gefordert wird.

Fußnoten:

¹ Бжезинский З. Стратегический взгляд. Америка и глобальный кризис / Пер. с англ. М. Десятовой. — М.: АСТ, 2010.

² <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/russia>

DANIEL GOTTAL

Masterstudent in Economics (M.Sc.) und History & Economics (M.A.), Universität Bayreuth,
Stipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung und der Stiftung Bayerische EliteAkademie

Sicherheit in Europa *mit* und *vor* Russland

Deutschland und Russland teilen aus ihrer Geschichte heraus eine lange Tradition der gegenseitigen Anziehung und Abstoßung. Zwei Magneten, deren Polarität sich fortlaufend ändert. So verwies bereits der renommierte deutsche Historiker Heinrich August Winkler darauf, dass unter den deutschen Eliten im 19. Jahrhundert eine ausgeprägte *Russophilie* verbreitet war. Diese Zuwendung fand in der Apotheose der deutschen und russischen Seele bei Thomas Mann, als Kulturnationen tieferer Prägung gegenüber dem rationalistischen Westen, seinen bisherigen Höhepunkt. Mit der deutschen Zäsur schlechthin, in den Wirren und Schrecken des Zweiten Weltkriegs, zerbrach diese Traditionslinie und geriet in Vergessenheit.ⁱ

Ein Dreivierteljahrhundert später haben Korrosion die Bruchstücke beliebig geschliffen. Die einstige deutsch-russische *Special Relationship* ist in Vergessenheit geraten. Mit dem Eisernen Vorhang und Deutschlands Westintegration wurde die geographische Teilung Europas vertieft. An die Stelle deutscher Ordnungspolitik trat die Europäische Union (EU) und die Aussöhnung der Nationen. Doch obwohl unser östlichster europäischer Nachbar im 20. Jahrhundert zweimal seine Gestalt änderte, sind die Elemente der Kontinuität über das Zarenreich, die Sowjetunion bis hin zur Russischen Föderation erkennbar geblieben. Aufbauend auf den besagten Elementen einer europäischen Vergangenheit, Identität und Zugehörigkeitsbedürfnisses ergibt sich erstmalig nach dem Ende des Kalten Krieges die Chance eines gemeinsamen Hauses Europa mit einem Vorzimmer Russlands.ⁱⁱ Doch dies wird nur gelingen, wenn Deutschland und Russland ihr verschüttetes kulturelles Erbe wiederentdecken und gemeinsam gestalterisch auftreten, damit die Ziegel der *Casa Paneuropa* mehr sind, als nur die verbrannte Erde ihres Mauerwerks. Das deutsch-russische Verhältnis ist der Schlüssel für die Evolution der europäischen Sicherheitsarchitektur im 21. Jahrhundert. Erste Anknüpfungspunkte einer Wiederannäherung können nur über internationale Einbindung und gemeinsame wirtschaftliche Interessen entstehen.

Denn gemessen an seiner Wirtschaftskraft ist Russland ein *roter Zwerg*. Nach Schätzung des IWF liegt die Wirtschaftskraft Russlands, gemessen am BIP, im Jahr 2017 bei rund 1,5 Billionen US-Dollar. Zum Vergleich: Die USA erwirtschafteten im gleichen Zeitraum 19,4 Billionen US-Dollar, gefolgt von der EU und China mit 17,6 bzw. 12 Billionen.ⁱⁱⁱ Ökonomisch tonangebend ist Russland nur, wenn es um Öl und Gas geht, da ist Russland nämlich ein echter *Gasriese*. So überweist die EU jährlich rund 250 Milliarden Dollar an Energiekosten an den Kreml. Die strategische Abhängigkeit von Energieträgerlieferungen aus dem größten Land der Erde ist gravierend. So bezieht die EU fast 40 Prozent seines Gases aus Russland. Der Importanteil bei Erdöl liegt bei 31 Prozent, bei Kohle und Uran sind es jeweils 27 Prozent.^{iv} Da die statistische Reichweite für die Ressource Erdgas um ein vielfaches höher prognostiziert wird als wie für Öl, wird bereits von einem «Goldene[n] Zeitalter des Gases»^v gesprochen. Dies gilt natürlich nicht für die Ukraine. Um den proeuropäischen Kurs der Ukraine zu torpedieren, wurde im Juni 2014 mehrfach am Preisrädchen für russisches Gas gedreht. Der weitere Verlauf ist Geschichte.

Obwohl Russland keine Supermacht im herkömmlichen Sinne mehr ist, die im Systemkampf mit den USA in den großen Sphären von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik konkurriert, bleibt sie uns in Europa doch als die *große Regionalmacht* im Osten erhalten. Denn der *außenpolitische Fußabdruck* Russlands, bedingt durch Militär und Petrodollar, ist gewaltig. Zur «Linderung des russischen Phantomschmerzes»^{vi} werden alle bestehenden Instrumentarien der Macht genutzt, um mit minimalem Ressourceneinsatz die maximale

Durchschlagskraft zu erzielen. Das nukleare Atomwaffenarsenal spielt hier nur eine untergeordnete Rolle. Wie der Nobelpreisträger Thomas C. Schelling bereits so treffend formulierte: «What makes atomic weapons different is a powerful tradition that they *are* different.»^{vii} Eine *glaubwürdige* Tabuisierung des Einsatzes von Atomsprengköpfen hat dem konventionellen Arsenal eine hervorgehobene Rolle verschafft, dass Russland nach 2008 in einer Militärreform konsequent modernisierte.^{viii}

Den Untergang der Sowjetunion, als «größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts»^{ix}, konnte auch die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, als Nachfolgeorganisation der UdSSR, nicht konterkarieren. Auf die in Aussichtstellung einer NATO-Mitgliedschaft Georgiens und der Ukraine auf dem Gipfeltreffen in Bukarest 2008, reagierte Russland im Sommer gleichen Jahres mit Krieg im Transkaukasus und zog damit glaubhaft eine rote Linie. Erstmals sollten zwei Länder der früheren Sowjetunion in das atlantische Verteidigungsbündnis wechseln.^x Es stellt sich die Frage, warum bislang nur die Krim von Russland annektiert wurde, die Gebiete Transnistrien, Südossetien oder Abchasien jedoch noch nicht. «Geht es nur um die Rückeroberung verlorenen Territoriums und / oder die Sicherung des internationalen Großmachtstatus oder womöglich doch um weit mehr?»^{xi} Russland fehlt zwar eine Form der *sweet power* à la Hollywood, doch dafür hat es mit Russia Today und Internettrollen einen *salzigen Ersatz* gefunden.^{xii} Russland spielt die ganze Klaviatur, von hard bis soft von sweet bis salty, mit dem Ziel, den Westen herauszufordern und erwischt dabei Europa und insbesondere Deutschland – wieder einmal mehr – *bedingt abwehrbereit*.

«Deutschland denkt [...] nicht strategisch – und handelt deshalb [...] reaktiv.»^{xiii} Europa wird nur handlungsfähig, wenn Deutschland anfängt zu handeln. Ein Zustand der von unseren europäischen und transatlantischen Verbündeten mittlerweile energischer denn je auch eingefordert wird. Die USA stellen 75 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben des NATO-Bündnisses^{xiv} und orientieren sich zunehmend nach Asien. Der Schlüssel der europäischen Sicherheitsarchitektur heißt Glaubwürdigkeit. Die Umsetzung des deutschen Versprechens von Wales 2014, das 2016 auch noch einmal bestätigt wurde, bis zum Jahr 2024 zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben, wäre ein erster Schritt.^{xv} Es sollte allen klar sein, dass die stationierten Truppen entlang der Ostflanke nur die «Funktion eines Stolperdrahts»^{xvi} im spieltheoretischen Sinne Schellings erfüllen, um unzweifelhaft den Bündnisfall, nach einem Vorstoßen Russlands auf einen unserer östlichen Partner, auszulösen. Europa muss zusammen mit seinen NATO-Partnern sowohl auf Dialog, als auch auf glaubhaftes und entschlossenes Handeln setzen. Der Ausschluss Russlands aus dem G8-Format war voreilig, da er die für alle Seiten gesichtswahrende Rückkehr des Ausgestoßenen so gut wie unmöglich macht. Dieses Versäumnis rückgängig zu machen wird schwierig. Doch darüber hinaus darf Europa seinen Blick nicht nur nach Osten richten und dabei den Süden vernachlässigen. Die Zusammenarbeit der NATO mit der EU im MENA-Raum (Middle East and North Africa) muss daher dringend intensiviert werden und strategische Partnerschaften mit der Arabischen Liga, zum Schutz der europäischen Außengrenzen, eingegangen werden.^{xvii}

Oft heißt es: Geschichte wiederholt sich. In Goethes «Iphigenie auf Tauris» erinnert Thoas [Putin] König von Tauris [Krim] Iphigenie daran: «Vergissest du der Klugheit erstes Wort, Dass man den Mächtigen nicht reizen soll.»^{xviii} «Ein alt Gesetz, nicht ich, gebietet dir.»^{xix} Bis zum Ende des letzten Akts kennt Thoas nur das Gesetz des Stärkeren! Wie in «Iphigenie auf Tauris», so wird es auch im Fall der Krim keinen *deus ex machina* geben, der eine konfliktfreie Rückkehr zur Ukraine frei nach der Losung: «Wenn du nach Hause Rückkehr hoffen kannst, So sprech ich dich von aller Fordrung los»^{xx} ermöglichen wird. Europa darf in keiner *Russosklerose* erstarren, sondern muss seine Außenpolitik selbstbewusst und im Einklang mit dem Völkerrecht in die eigene Hand nehmen: «Ein andres spricht zu mir, ein älteres».^{xxi}

Fußnoten

-
- ⁱ Vgl. Daniel Tost (2018): „Why Germans are so ambivalent about Russia“, in: *Munich Security Conference Reader. Contributions of leading foreign policy makers and journalists about the global security situation*: 36-38. Berlin, Seite 36f.
- ⁱⁱ Vgl. Wolfgang Ischinger (2018): *Welt in Gefahr: Deutschland und Europa in unsicheren Zeiten*. Berlin, Seite 101.
- ⁱⁱⁱ Vgl. Internationaler Währungsfonds (2017): „World Economic Outlook Database April 2017“, in: *Data; World Economic Outlook Databases (WEO); World Economic Outlook Database April 2017; By countries (country-level data); All countries; Continue; Gross Domestic product, current prices, U.S. dollars, Continue; Prepare Report*.
- ^{iv} Vgl. Frank Umbach (2014): „Bedeutung, Herausforderungen und strategische Perspektiven. Gasversorgungssicherheit in Deutschland und in der EU“, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): *Politische Studien* 457 (65): 28-40. München, Seite 35.
- ^v Frank Umbach (2014): „Bedeutung, Herausforderungen und strategische Perspektiven. Gasversorgungssicherheit in Deutschland und in der EU“, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): *Politische Studien* 457 (65): 28-40. München, Seite 31.
- ^{vi} Johannes Varwick und Robin Sköries (2015): „Revisionismus und defensiver Imperialismus als Analysekategorie. Russlands (neue) Außenpolitik im postsowjetischen Raum“, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): *Politische Studien* 461 (66): 44-53. München, Seite 45.
- ^{vii} Thomas C. Schelling (1980 [1960]): *The Strategy of Conflict*. Cambridge (Massachusetts), Seite 260.
- ^{viii} Vgl. Margarete Klein (2017): „Russland – Rückkehr als Großmacht?“, in: Florian Hahn (Hrsg.): *Sicherheit für Generationen. Herausforderungen der neuen Weltordnung*: 37-42. Berlin, Seite 37.
- ^{ix} Tim Marshall (2018⁸): *Die Macht der Geographie. Wie sich Weltpolitik anhand von 10 Karten erklären lässt*. München, Seite 21.
- ^x Vgl. Wolfgang Ischinger (2018): *Welt in Gefahr: Deutschland und Europa in unsicheren Zeiten*. Berlin, Seite 108f.
- ^{xi} Johannes Varwick und Robin Sköries (2015): „Revisionismus und defensiver Imperialismus als Analysekategorie. Russlands (neue) Außenpolitik im postsowjetischen Raum“, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): *Politische Studien* 461 (66): 44-53. München, Seite 49.
- ^{xii} Vgl. Markus Kaiser (2017): „Hybride Bedrohungen oder der Kampf von Innen (Fake News)?“, in: Florian Hahn (Hrsg.): *Sicherheit für Generationen. Herausforderungen der neuen Weltordnung*: 61-66. Berlin, Seite 61.
- ^{xiii} Maximilian Terhalle (2017): „Strategische Prioritäten. Nukleare, konventionelle und intellektuelle Erfordernisse deutscher Sicherheitspolitik“, in: Florian Hahn (Hrsg.): *Sicherheit für Generationen. Herausforderungen der neuen Weltordnung*: 67-72. Berlin, Seite 68.
- ^{xiv} Vgl. Wolfgang Ischinger (2018): *Welt in Gefahr: Deutschland und Europa in unsicheren Zeiten*. Berlin, Seite 71.
- ^{xv} Vgl. Klaus Naumann (2017): „Die NATO: Ein Bündnis für die Zukunft?“, in: Florian Hahn (Hrsg.): *Sicherheit für Generationen. Herausforderungen der neuen Weltordnung*: 103-106. Berlin, Seite 105.
- ^{xvi} Svenja Sinjen (2018): „Kurs halten! Deutschland ist bei der Abschreckung gegen Russland unverzichtbar“, in: *Internationale Politik* 73 (5): 22-23. Paderborn, Seite 22.
- ^{xvii} Vgl. Henning Riecke (2016): „Kohäsion oder Diffusion? Die NATO und die Risiken im Süden“, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): *Politische Studien* 470 (67): 33-42. München, Seite 41.
- ^{xviii} Johann Wolfgang von Goethe (2009 [1787]): *Iphigenie auf Tauris*. Ein Schauspiel. Stuttgart, Seite 57, Vers 1839f .
- ^{xix} Johann Wolfgang von Goethe (2009 [1787]): *Iphigenie auf Tauris*. Ein Schauspiel. Stuttgart, Seite 56, Vers 1831 .
- ^{xx} Johann Wolfgang von Goethe (2009 [1787]): *Iphigenie auf Tauris*. Ein Schauspiel. Stuttgart, Seite 13, Vers 293f .
- ^{xxi} Johann Wolfgang von Goethe (2009 [1787]): *Iphigenie auf Tauris*. Ein Schauspiel. Stuttgart, Seite 56, Vers 1834 .

DENIS IVANOVSKII

*Masterstudierender im 1. Studienjahr, Fachbereich Internationale Beziehungen,
Staatliche Universität Sankt Petersburg*

Europäisches Sicherheitssystem: Chancen auf eine Regelung und Wege aus der Krise

Bis 2014 behielten Moskau und der europäische Westen trotz zahlreicher Schwierigkeiten ihr Kooperationspotenzial im Sicherheitsbereich bei. Weder der NATO-Einsatz in Jugoslawien 1999, noch die Erweiterungen der Allianz, noch der bewaffnete Konflikt zwischen Russland und Georgien 2008, der die Arbeit des Russland-NATO-Rates zum Erliegen brachte, führten zu so einer globalen und allumfassenden »Securitisierung« Russlands als Gefahr für das europäische Sicherheitssystem, wie es die Ukraine-Krise tat. Das Jahr 2014 markierte ein Ende der »romantischen« Diplomatie zwischen Russland und dem Westen¹.

Heute zeichnet sich die Atmosphäre im europäischen Sicherheitssystem durch eine ausgesprochene Aggressivität gegenüber Russland aus. Die rasante Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen im Sicherheitsbereich wurde durch die Ukraine-Krise und deren Folgen ausgelöst. Aber die Ursachen für die Konfrontation zwischen Russland und Europa sind fundamentaler. In dieser Hinsicht wurden die Ereignisse 2013 bis 2014 eher ein Anlass zum Aufbau eines neuen Beziehungsgefüges im Sicherheitsbereich zwischen Russland und dem Westen.

Man sollte damit beginnen, dass selbst der Begriff »Sicherheit« und dessen Inhalt unterschiedlich wahrgenommen werden können². Für die NATO, die vor dem Hintergrund einer mangelnden Effizienz der OSZE³ ein äußerst wichtiger Bestandteil des europäischen Sicherheitssystems ist, ist dieser Begriff gleichbedeutend mit Kontrolle. Solche Perzeption der Sicherheit bekommt die Allianz von den USA übermittelt, die in der Allianz dominieren. Für Russland hingegen ist Sicherheit einerseits damit verbunden, dass das Land vor Bedrohungen geschützt ist⁴, und andererseits damit, dass es Garantien für die eigene Selbstständigkeit und Handlungsautarkie besitzt. Das Letztere ist sogar wichtiger. Diese Diskrepanz im Verständnis der Sicherheit führt dazu, dass das Konfliktpotenzial in Europa steigt. Die NATO versucht also, ihre Kontrolle insbesondere an der Ostflanke auszubauen. Moskau ist durch Aktivitäten der Allianz beunruhigt, nicht nur im Sinne der unmittelbaren militärischen Sicherheit, sondern auch weil sie eine Gefahr für die unabhängige Politik der europäischen Staaten darstellen. Russland ist bestrebt, nach wie vor selbstständig handeln zu können, was die Allianz wiederum dazu zwingt, die Kontrolle noch mehr auszubauen.

Eine andere Ursache für die Krise zwischen Russland und Europa findet sich darin, wie die Beziehungen der Parteien selbst verfasst sind. Die Russische Föderation war nie vollständig ins europäische Sicherheitssystem integriert. Die Sicherheit stützte sich immer auf Kompromisse. In den 1990er Jahren wurden in der OSZE und im Russland-NATO-Rat zahlreiche politische Vereinbarungen über die Unteilbarkeit der europäischen Sicherheit getroffen, ungeachtet dessen schlug Dmitrij Medwedew 2009 einen Entwurf des Vertrages über den unteilbaren euroatlantischen Sicherheitsraum vor⁵. Russland und Europa hielten immer Abstand voneinander, mal war der größer, mal kleiner⁶. Die Ukraine-Krise war in diesem Sinne eine weitere Prüfung für die russisch-europäischen Beziehungen, aber die Ausmaße ihrer Folgen machen die Suche nach einem Raum für Kompromisse zwischen den Seiten unmöglich. Mehr noch, die Positionen der Konfliktparteien entfernen sich so weit voneinander, dass die Aufnahme eines Dialogs

mittelfristig immer weniger denkbar erscheint. Das belegen Ergebnisse der jüngsten NATO-Gipfel in Belgien (2017) und Warschau (2016), wo Russland eine Gefahr für die europäische Sicherheit^{7,8} genannt wurde, sowie die globale Strategie der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik 2016, laut der Moskau eine »strategische Herausforderung« für die Union ist⁹. Im russischen außenpolitischen Konzept 2016 finden die Beziehungen zwischen Russland und der NATO ebenfalls ihre Widerspiegelung¹⁰, sie sind aber nicht so aggressiv dargestellt, wie in EU- und NATO-Dokumenten.

Die dritte Ursache der Krise zwischen Europa und Russland ist im System der europäischen Sicherheit verborgen. Zu dessen Teilen gehören erstens die NATO und die OSZE, die die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent wahren, zweitens die EU, die für die allgemeine Außen- und Sicherheitspolitik zuständig ist, und drittens Russland als ein selbstständiger Akteur im europäischen Sicherheitssystem. Die Veränderung dieser Teile führte zur Transformation des ganzen Systems.

Die NATO, eine Organisation aus den Zeiten der Blockkonfrontation, versuchte nach 1991, ihrer Tätigkeit einen neuen Charakter zu verleihen. Trotzdem kehrte die Allianz nach 2014 zur Abschreckungspolitik zurück, dieses Mal bereits gegen Russland gerichtet, und bekundete gleichzeitig, sie sei für einen Dialog mit Moskau offen¹¹. Diese Politik erinnert an die Ereignisse vor fast 40 Jahren, als während der Raketenkrise in Europa der NATO-Doppelbeschluss gefasst wurde. Man kann den Sinn des Doppelbeschlusses von 1979 auch auf die heutige Realität übertragen: Einerseits wird die militärische Stärke an der Ostflanke ausgebaut, um Russland abzuschrecken, andererseits ist man bereit, einen Dialog zu führen. Trotzdem bleibt äußerst wichtig, inwieweit die Allianz bereit zum Dialog ist.

Ein weiteres Element im System, die OSZE, demonstriert wenig Effizienz bei der Lösung ernster Sicherheitskrisen in Europa. So haben die Beschlüsse der Organisation oft einen eher politischen als praktischen Charakter, und das OSZE-System selbst kann in der Region kein Krisenmanagement mit ausreichender Qualität sicherstellen¹².

Man sollte auch auf die Veränderungen innerhalb der Europäischen Union eingehen. Die EU ist ein komplexes Element des europäischen Sicherheitssystems und mit zahlreichen Problemen konfrontiert (Brexit, wachsender Euroskeptizismus, Flüchtlingskrise), die sich auf ihre Innen- und Außenpolitik auswirken. Außerdem steigt die Zahl derer, die sich wünschen, Europa bekäme mehr Unabhängigkeit in Sicherheitsfragen¹³. All das beeinflusst die allgemeine Ausrichtung der Europäischen Union. In Bezug auf Russland zielt man hier auf Eindämmung ab, das kann man insbesondere an der Einstellung der EU-Staaten zur Krim und zum Donbass sehen. Das Vorgehen ist jedoch flexibler, davon zeugt die tatsächliche Bereitschaft der EU-Mitglieder, mit Russland über einzelne Themen zu verhandeln.

Aus den Elementen des europäischen Sicherheitssystems wie der Abschreckungspolitik der NATO gegenüber Russland, der geringen Effizienz der OSZE bei der Lösung europäischer Sicherheitskrisen, der komplizierten Situation innerhalb der EU, die deren Außenpolitik beeinflusst, sowie dem Erstarken Russlands auf der geopolitischen Weltkarte entsteht der Raum für Konfrontation, in dem Russland und Europa sich gezwungenermaßen wiederfinden. Nach 2014 zeichnet sich eine grundlegende Veränderung der Elemente der europäischen Sicherheit ab (die Zuspitzung der Krise in der EU; das Bestreben der Union, eine selbstständigere militärpolitische Linie durchzuziehen; die verkündete Abschreckungspolitik der NATO usw.), trotzdem besitzt die Transformation jener Elemente (NATO-Osterweiterung, Verringerung der Effizienz der OSZE, Vormarsch der Euroskeptiker usw.), die Einfluss auf das System haben, einen

strukturellen und dauerhaften Charakter und lässt sich nicht allein durch die Folgen der Ukraine-Krise erklären.

Ein Dialog zwischen Russland und Europa ist von enormer Bedeutung für die Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems und für eine gegenseitig vorteilhafte Kooperation in unterschiedlichen Bereichen (Cyberraum, Terrorismusbekämpfung usw.). Um ihn wiederaufzunehmen, braucht man eine lange und komplizierte Suche nach Kompromissen. Zuerst sollten die Seiten aber einen Punkt finden, von wo aus sie einen konstruktiven Dialog aufbauen können. Dafür müssen sie verstehen, wo die Grenze liegt, hinter der die ständig wachsende Konfrontation einmal und für immer in eine tiefste Feindschaft ausartet. In diesem Fall sollte Russland den Teilnehmern des europäischen Sicherheitssystems signalisieren, dass es zum Dialog und zur Kooperation bereit sei. Diese Signale müssen jedoch durchdacht sein, so dass sie Russland selbst keinen Schaden zufügen.

Die Position der NATO, der EU und einzelner europäischer Staaten gegenüber Russland ist oft kompromisslos, die Differenzen sind oft sehr tiefgreifend, zum Beispiel in der Donbass-Frage, man kann die Lage nicht schnell verbessern. In Anbetracht dessen sollte sich Moskau auf eine substantielle Arbeit mit den Partnern konzentrieren, mit denen noch Kooperation besteht. Das können bilaterale Kontakte zwischen Russland und einzelnen EU-Staaten sein oder die Aktivitäten Russlands in der OSZE und in den Vereinten Nationen. Positive Ergebnisse in diesen Bereichen könnten Fortschritte für die Beziehungen zwischen Russland und Europa insgesamt versprechen, und daraus wird dann offensichtlich, dass das europäische Sicherheitssystem durch einen Dialog stabilisiert werden muss.

In Zeiten der ernsthaften Konfrontation und der Dominanz im Kontext der Diplomatie des Zwanges sollte Russland seine *soft power* aktiver benutzen. Heute beobachten wir, dass der Dialog zwischen Russland und Europa insbesondere durch aufgezwungene Vorurteile und Bilder behindert wird, in diesem Fall durch das Bild des »aggressiven Moskaus«. Die baltischen Staaten stellen Russland als eine Bedrohung dar und werden die Idee einer möglichen Invasion aus dem Osten nicht los. Im Fall Skripal war ein Bild des »bösen und grausamen« Russlands ausreichend, um unseren Staat dieser Straftat zu beschuldigen. Daher könnte die *soft power* (internationale Veranstaltungen in Russland, Ausbau russischer Informationsressourcen im Ausland usw.) den Informationsdruck abschwächen, dem der Westen Russland aussetzt.

Literaturverzeichnis

1. Иванов И. РФ и Европа: от романтики к прагматике [электронный ресурс] / Российский совет по международным делам: РСМД. – Режим доступа: <http://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/analytics/rf-i-evropa-ot-romantiki-k-pragmatike/> (дата обращения: 26.04.2018)
2. Цыганков П.А. Европейская безопасность в свете теории политического реализма / Вестник Московского университета. Серия 12: Политические науки. 2017. № 4. – С. 7-16
3. Мизин В.И. Перспективы и дилеммы европейской системы безопасности / Международная аналитика. 2016. № 4 (18). – С. 7-18
4. Указ Президента Российской Федерации от 31.12.2015 г. № 683 «О Стратегии национальной безопасности Российской Федерации» [электронный ресурс] / Президент России. – Режим доступа: <http://kremlin.ru/acts/bank/40391> (дата обращения: 26.04.2018)

Essaywettbewerb von der KAS-Moskau und dem ICIS
„Das europäische Sicherheitssystem: Möglichkeiten und Wege zur Krisenüberwindung“

5. Проект Договора о европейской безопасности, 2009 [электронный ресурс] / Президент России. – Режим доступа: <http://kremlin.ru/events/president/news/6152>
6. Layton, S. Reframing European security: Russia's proposal for a new European security architecture / International Relations. 2014. Vol. 28, № 1. – P. 25-45
7. Warsaw Summit Communiqué, 2016 [электронный ресурс] / NATO. – URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_133169.htm (дата обращения: 26.04.2018)
8. Meeting of Heads of State and/or Government, NATO Headquarters, 25 May 2017 [электронный ресурс] / NATO. – URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/events_143956.htm?selectedLocale=en(дата обращения: 26.08.2018)
9. Russland: Vom „strategischen Partner“ zur „strategischen Herausforderung“ [электронный ресурс] / Euractiv. – URL: https://www.euractiv.com/section/global-europe/news/eu-to-label-russia-a-strategic-challenge/?_ga=2.186922792.103726810.1524937359-2028441477.1524937359 (дата обращения: 26.08.2018)
10. Концепция внешней политики Российской Федерации (утверждена Президентом Российской Федерации В.В.Путиным 30 ноября 2016 г.) [электронный ресурс] / МИД РФ. – Режим доступа: http://www.mid.ru/foreign_policy/news/-/asset_publisher/ckNonkJE02Bw/content/id/2542248 (дата обращения: 26.04.2016)
11. Back from the brink: Toward restraint and dialogue between Russia and the West [электронный ресурс] / Brookings. – URL: <https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/07/Deep-Cuts-Commission-Third-Report-June-2016-1.pdf> (дата обращения: 26.04.2018)
12. Воронков Л.С. ОБСЕ и европейская безопасность. Что дальше? / Современная Европа. 2018. № 1 (80). – С. 69-79
13. Голуб Ю.Г., Алексеев Д.С. Европейская безопасность в новых условиях взаимодействия России и Запада / Современная Европа. 2017. № 2 (74). – С. 55-64

JULIAN PAWLAK

Wissenschaftliche Hilfskraft, Abteilung für Maritime Strategie & Sicherheit, Institut für Sicherheitspolitik (ISPK),
Masterstudent, Internationale Politik und Internationales Recht, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Was treibt den Bären in unseren Vorgarten? – zum Verständnis russischer Nachbarschaftspolitik

Vorliegendes Essay bietet keine operativen Handlungsvorschläge zur Bewältigung des derzeitigen Konfliktes zwischen Russland und „dem Westen“. Es zielt darauf ab, die Makroebene der Problemstruktur in den Vordergrund zu stellen und somit das Bewusstsein für die antagonistischen Weltbilder in den Konfliktlösungsprozess miteinzubeziehen.

“The Bear is not going to ask anyone’s permission [for anything]. In general, it is considered the master of the taiga, and [...] it will not give up its taiga to anyone.”ⁱ

Mit deutlichen Worten, sowohl an die internationale Gemeinschaft als auch an die Bevölkerung der Russischen Föderation gerichtet, unterstreicht Vladimir Putin die Stärke und das Selbstbewusstsein des russischen Bären, welcher es vermag *ad libitum* zu agieren – nach Belieben und unabhängig von Staaten, Organisationen oder Institutionen. Blickt man auf die außenpolitischen Aktivitäten Russlands, vorrangig in der Ukraine und in Georgien, wird deutlich, dass es sich beim spätestens 2014 in (West-)Europa anerkannten Revisionismus Moskaus nicht um einen abrupten Sinneswandel handelt. Die gemeinsam in den 1990er Jahren errichtete, kollektive europäische Sicherheitsarchitektur, basierend auf der KSZE-Schlussakte, der Charta von Paris sowie der NATO-Russland-Grundakte, wird unilateral aufgelöst, die Konsequenzen der Konfrontation mit der liberalen Struktur, verkörpert durch Souveränität, territoriale Integrität und Gleichheit aller Staaten, werden billigend in Kauf genommen.ⁱⁱ

Nicht zufällig kongruiert diese Feststellung mit den Aussagen des russischen Präsidenten, „der Zerfall der Sowjetunion [sei] das größte geopolitische Desaster des Jahrhunderts“ⁱⁱⁱ und er den Kollaps nach Möglichkeit umkehren würde.^{iv} Ebenso entspricht dies der Versinnbildlichung des russischen Bären, welcher niemandem die Taiga – das russische Mutterland – überlassen würde. Diese Rhetorik basiert von jeher auf Elementen einer sowjetischen Großmacht, ehe Moskau die Darstellung dieser Form zu Beginn des neuen Jahrtausends reduzierte – um ab 2014 umso deutlicher, verbal wie nonverbal, den Großmachtanspruch Russlands zu betonen.^v

Zurückzuführen ist dies auf die tief verankerte Perzeption eines russischen „Großmachtums“ – ‚*velikoderzhavnost*‘ – besagend, dass auch die Russische Föderation in weitreichender Tradition eine globale Großmacht darstellen soll.^{vi} Dieser Glaubenssatz stellt nicht bloß die Sehnsucht sowjetischer Romantiker dar. Sie findet sich in der Selbstwahrnehmung einer Identität wieder, wie in der Zustimmungsrate für die Putin’sche Administration nach der Krim-Annexion erkennbar ist.^{vii} Noch greifbarer ist sie in den Handlungsmustern der das Land regierenden Elite, welche vorerst keine herausfordernde Opposition fürchten muss.^{viii}

Um die Intentionen *aller* Akteure miteinzubeziehen, sollten die Beweggründe des „russischen Ordnungsansatzes“^{ix} von westlichen Entscheidungsträgern anerkannt werden. In diesem Rahmen reicht es nicht, die regelmäßig aufgeführten Bedenken Russlands bezüglich einer NATO-Präsenz in Osteuropa als einseitiges Narrativ zu diffamieren.^x Unabhängig der tatsächlich defensiven NATO-Stationierungen wird die Allianzmitgliedschaft *per se* als konkrete Gefahr betrachtet. Moskau folgt dabei einer *Machtpolitik* im klassischen realistischen Sinne. Die Sicherheit des eigenen Staates steht an vorderster Stelle, während der

Ordnungsansatz es der Großmacht gestattet, seine Einflussosphäre im Umland auszubauen, um die Annäherung fremder Militärmächte zu verhindern.^{xi} Die internationalen Beziehungen werden dabei als Nullsummenspiel betrachtet, was das derzeitige Sicherheitsdilemma weiter bestärkt.^{xii}

In diesem Zusammenhang sollte begriffen werden, dass die militärischen Interventionen in Georgien und in der Ukraine nicht auf eine egozentrische Unterdrückungslust schwächerer Nachbarstaaten zurückzuführen sind. Eher erscheinen die Aktivitäten in dem Maße nachvollziehbar, als dass sie, aus Sicht der russischen Führung, eine logische Reaktion auf das Überschreiten einer roten Linie darstellen, wie Sergej Lavrov selbst betont.^{xiii} Die militärischen und politischen Befehlshaber in Moskau folgen nicht nur einer realpolitischen Legitimation ihrer Eingriffe in den Nachbarstaaten, sondern verknüpfen dies mit der verwurzelten Denke des sowjetisch-russischen Großmachtiums. Die offene Postulierung eines NATO-Beitrittes der ehemaligen Sowjetrepubliken stellte 2008 jenen Schwellenübertritt dar, der zur anschließenden russischen Intervention führte.^{xiv} 2014 sollte es die orange Revolution und die Flucht Yanukovychs gewesen sein.^{xv}

In keiner Weise wird an dieser Stelle eine Legitimation oder Verharmlosung russischer Aggressionen, Interventionen oder Rechtsbrüche vorgenommen. Um jedoch in der andauernden kommunikationsarmen Gemengelage voranzukommen, sollte verstanden werden, dass tiefgreifender verhandelt werden muss, als mit einer simplen schwarz-weiß-Beurteilung von Rechtsverstößen. In dieser Auseinandersetzung besteht die Diskrepanz nicht nur aus zwei unterschiedlichen Narrativen. Sie geht zurück auf divergierende Verständnisse, wie internationale Politik praktiziert und interpretiert wird. Der multilaterale, verrechtlichte Ansatz des Westens, welcher das vergangene Vierteljahrhundert eine maßgeblich stabile zwischenstaatliche Ordnung hervorbrachte, wird nunmehr durch ein altbekanntes Aufbegehren von Großmächten opponiert. Das größte Konfliktpotential an der „Ostflanke“ lässt sich daher darauf simplifizieren, dass die Akteure in diesem Dilemma unterschiedliche „Spielregeln“ verfolgen.^{xvi}

Um eine weitreichende Annäherung zwischen der russischen Führung sowie der NATO und EU anzustoßen, sollten sich die Akteure dessen bewusst sein und Gespräche auf einer ehrlichen Basis führen, wobei konträre Sichtweisen verstanden und am Verhandlungstisch miteinbezogen werden müssen. Nur so lässt sich gegenseitiges Vertrauen wiederherstellen. Dass derweil Aspekte der Abschreckung sowie sicherheits- und militärpolitische Maßnahmen getroffen werden müssen, steht außer Frage. Dem Autor ist zudem bewusst, dass dieser Prozess, der auch das Eingeständnis eigener Fehler beinhalten muss, nicht unvermittelt vonstattengehen wird. Langjährige Positionen sind zu sehr eingepreßt, altbekannte Feindbilder fest verankert. Dennoch ist eine die oppositären Positionen einräumende Kommunikation der einzige Weg, um eine Annäherung im „gemeinsamen Haus Europa“ umzusetzen.

Fußnoten

ⁱ Vladimir Putin, im Rahmen des Valdai Discussion Forums 2014, zitiert nach: Nalbandov, Robert (2016): *Not by bread alone: Russian Foreign Policy under Putin*, University of Nebraska Press: Lincoln, Nebraska, S. 194.

ⁱⁱ Krause, Joachim (2017): Die neue Zeitenwende in den internationalen Beziehungen, *SIRIUS – Zeitschrift für strategische Analysen*, 1 (1), S. 7; 9.

ⁱⁱⁱ Putin, Vladimir (2005): „Annual Address to the Federal Assembly of the Russian Federation“, The Kremlin, 25.04.2005, <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/22931>.

^{iv} Osborn, Andrew/Lawson, Hugh (2018): „Putin, before vote, says he'd reverse Soviet collapse if he could: agencies“, Reuters, 02.03.2018, <https://www.reuters.com/article/us-russia-electionputin/putin-before-vote-says-hed-reverse-soviet-collapse-if-he-could-agenciesidUSKCN1GE2TF>.

^v Urnov, Mark (2014): 'Greatpowerness' as the key element of Russian self-consciousness under erosion, *Communist and Post-Communist Studies*, 47 (3-4), S. 308-309.

^{vi} Ebd.: 305.

^{vii} Levada-Center (2018): *“Putin’s Approval Rating”*, Levada-Center, <https://www.levada.ru/en/ratings/>.

^{viii} Urnov (2014): 305.

^{ix} Krause, Joachim (2017): 6.

^x Putin, Vladimir (2014): *“The Military Doctrine of the Russian Federation”*, The Embassy of the Russian Federation to the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, 25 December 2014, <https://rusemb.org.uk/press/2029>; Veser, Reinhard (2017): *Reale Sorgen*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.03.2017, <http://www.faz.net/aktuell/politik/russland-wird-durch-nato-nicht-eingekreist-14917199.html>.

^{xi} Mearsheimer, John J. (2001): *The Tragedy of Great Power Politics*, W. W. Norton & Company: New York, S. 150 f.

^{xii} Laguerre, Corentin (2016): *“Russia’s self-inflicted security dilemma”*, Center for International Maritime Security, 12 December 2016, <http://cimsec.org/russias-self-inflicted-securitydilemma/29977>.

^{xiii} Galeotti, Mark (2016): *Heavy Metal Diplomacy: Russia’s Political Use of its Military in Europe since 2014*, European Council on Foreign Relations Policy Brief 200, Dezember 2016, ECFR: London, S. 2.

^{xiv} In der Erklärung zum NATO-Gipfel in Bukarest 2008 heißt es: *“NATO welcomes Ukraine’s and Georgia’s Euro-Atlantic aspirations for membership in NATO. We agreed today that these countries will become members of NATO.”* siehe: NATO (2008): *“Bucharest Summit Declaration”*, North Atlantic Treaty Association, 03. April 2008, https://www.nato.int/cps/us/natohq/official_texts_8443.htm.

^{xv} Mearsheimer, John J. (2014): *“Why the Ukraine Crisis Is the West’s Fault. The Liberal Delusions That Provoked Putin”*, *Foreign Affairs*, September/Oktober 2014, <https://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2014-08-18/why-ukraine-crisis-west-s-fault>, S. 5 f.

^{xvi} Mearsheimer (2014): 8.

MARIIA POPOVA

*Studierende im 4. Studienjahr, Fachbereich Politikwissenschaft,
Staatliche Universität Sankt Petersburg*

Europäisches Sicherheitssystem: Chancen auf eine Regelung und Wege aus der Krise

Laut der jüngeren Eurobarometer-Umfrage »Europäische Zukunft gestalten: Sicherheit und Verteidigung« äußerten sich etwa 75 Prozent der Befragten zugunsten einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, mehr als die Hälfte (55 Prozent) unterstützen die Gründung einer Armee der Europäischen Union¹. Das Eurobarometer aus demselben Jahr 2017 mit dem Titel »Europas Einstellung zur Sicherheit« zeigt zugleich, dass 68 Prozent der Menschen Europa nicht für einen sicheren Ort halten². Diese Daten könnten eigentlich eine Carte blanche für die Modernisierung des europäischen Sicherheitssystems sein, trotzdem erfordern solche Reformen ein bedeutendes Maß an Tapferkeit und sogar an Frechheit in gewissem Sinne. Eine derartige Verantwortung zu übernehmen bedeutet, das Konzept der Europäischen Union und ihrer Institutionen als solches zu revidieren.

Das bestehende europäische Sicherheitssystem enthält einige grundlegende Dokumente, die die allgemeine Ausrichtung der Europäischen Union festlegen: die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (1975), die Charta von Paris (1990), das Helsinki-Dokument (1992), das Lissabonner Dokument (1996), den Verhaltenskodex (1994) und die Europäische Sicherheitscharta (1999). Diese Dokumente haben in diesem oder jenem Maße die gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur gestaltet, die heute eher eine Generalüberholung als eine bloße Auffrischung braucht. »Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Staaten, Unantastbarkeit der Grenzen und friedliche Konfliktlösung sind die Schlüsselemente des europäischen Sicherheitssystems«³. Diese etwas abstrakt klingenden Begriffe, die das Gerüst des europäischen Sicherheitssystems bilden, fordern jetzt konkrete Taten. Wenn ein Staat mit seiner Souveränität und Unabhängigkeit angibt, stört das, weil es unmöglich macht, einen gemeinsamen Willen zu äußern. Meines Erachtens erinnert das europäische Sicherheitssystem heute zu sehr an die bekannte Fabel des russischen Dichters Iwan Krylow »Der Schwan, der Hecht und der Krebs«. Aber das stimmt tatsächlich: Manche wollen sich mehr in der NATO engagieren, andere wollen ein eigenes europäisches Sicherheitssystem aufbauen und andere wiederum zeigen sich gar uninteressiert.

Die oben genannten Dokumente plädierten in dieser oder jener Hinsicht schon immer für ein besser integriertes Sicherheitssystem, aber die heutige Lage erfordert einen radikaleren Ansatz und ein tatsächliches Delegieren eines Teils der Vollmachten von Nationalstaaten an die supranationale Ebene. Natürlich werden nicht alle Staaten dazu bereit sein, deswegen halte ich ein »Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten« für den einzig möglichen Ausweg.

Ich halte es für wichtig, an dieser Stelle das Konzept von Zaki Laidi, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter am Pariser Centre de recherches internationales (CERI), zu erwähnen. Er meint, die Ursache für die unterschiedlichen Herangehen an die Sicherheit der Europäischen Union sei deren Unfähigkeit, sich selbst als Garanten der eigenen Sicherheit zu betrachten. Das bewegt einige EU-Mitglieder, der NATO beizutreten, weil sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ohne die Unterstützung der Allianz

gefährdet fühlen⁴. Es geht dabei nicht nur darum, ob ein Staat Kernwaffen besitzt: Frankreich hat ja welche und Brasilien, das über keine verfügt, agiert trotzdem sehr souverän auf der internationalen Arena. Was hindert nun die Europäische Union daran, sich als einen selbstbewussten Akteur in der globalen Politik wahrzunehmen?

Ich glaube, der wichtigste Grund für die Krise des europäischen Sicherheitssystems ist eine fehlende gemeinsame Sicht der EU auf dieses Problem. Wenn man zum Beispiel die Positionen der zwei einflussreichsten EU-Staaten Frankreich und Deutschland analysiert, wird deutlich, dass sie das Sicherheitsproblem völlig unterschiedlich wahrnehmen. Frankreich ist in der NATO und versucht, der Allianz trotzdem etwas entgegenzusetzen und innerhalb der Organisation ein Gleichgewicht zu schaffen. Das heißt, Frankreich versucht, gegen ein System zu kämpfen, dessen Teil es ist und zu dessen Werte es sich grundsätzlich bekennt. Emmanuel Macron schlug in seiner Rede an der Sorbonne vor, das Verteidigungs- und Sicherheitssystem der Europäischen Union durch die Gründung einer »europäischen Einsatztruppe« zu optimieren. Das sieht unter anderem einen gemeinsamen Verteidigungshaushalt und eine gemeinsame Handlungsdoktrin⁵ vor, was seinerseits erfordert, dass die Europäische Kommission mehr Vollmachten bekommt und dass ein Teil der Souveränität der EU-Staaten an die supranationale Ebene delegiert wird. Die meisten Staaten betrachten Macrons Vorschlag jedoch eher als eine Herausforderung für ihre Unabhängigkeit und nationale Identität. Folglich sind sie gegen diese Idee oder zumindest zeigen sich ihr gegenüber misstrauisch. Deutschland legt eine viel größere Loyalität zur NATO an den Tag und sieht in der Allianz eine Art Schirmherrn, der schützt und hilft, wenn es darauf ankommt. Das fügt sich durchaus in die nichtmilitaristische Politik der Bundesrepublik ein. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel äußert sich ziemlich skeptisch über jegliche Verteidigungsprojekte der EU, das ist ein Ausdruck der Neutralität und meines Erachtens sogar einer gewissen Zurückhaltung Deutschlands beim Thema Militarisierung⁶. Trotzdem ist er ein aktiver Befürworter Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten, er hält es für einen möglichen Ausweg aus der Krise. Ich denke, der Zustand der deutsch-französischen Beziehungen ist der Eckstein des europäischen Sicherheitssystems. Und gerade das Konzept der »unterschiedlichen Geschwindigkeiten« ist wahrscheinlich der einzige Berührungspunkt für diese Staaten.

Ich bin also der Meinung, dass die Krise des europäischen Sicherheitssystems nur dann überwunden werden kann, wenn es teilweise oder sogar vollständig »neu institutionalisiert« und ein Europa mehrerer Geschwindigkeiten Realität wird. Ein gemeinsames Sicherheitssystem setzt ernsthafte Investitionen und folglich eine gemeinsame Fiskalpolitik voraus, das geht nicht, ohne dass die EU-Mitgliedsstaaten einen Teil ihrer Souveränität verlieren. Andere Eurobarometer-Umfragen zeigen, dass eine größere Integration eines Staates in die EU nicht nur als eine Chance für wirtschaftliches und politisches Wachstum gesehen wird, sondern auch als eine Gefahr für die nationale Identität. Das demonstriert, dass ein Auseinanderdriften innerhalb der EU unabwendbar ist, man muss nur diese Phase möglichst effizient durchstehen. Nicht weniger wichtig für die Modernisierung des EU-Sicherheitssystems ist eine engere Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich, den zwei bedeutendsten Akteuren in der EU. Ihre Regierungen begannen vor Kurzem mit der Entwicklung eines gemeinsamen Kampfflugzeuges. Es ist natürlich ein guter Schritt nach vorn, aber genügt er?

Fußnoten

¹ Special Eurobarometer 461: Designing Europe's future: Security and Defence. 2017.

URL: file:///C:/Users/User/Downloads/EBS_461_pt2_en.pdf

² Special Eurobarometer 464b: Europeans' attitudes towards security 2017.

³ Michael E. Smith's book, Europe's Foreign and Security Policy. The Institutionalization of Cooperation, Cambridge, Cambridge University Press, 2004

⁴ Laidi, Zaki, Norms over Force. The Enigma of European Power, Palgrave MacMillan US, 2008.

⁵ Macron, Emmanuel, "Initiative for Europe. A sovereign, united, democratic Europe", 26 September 2017 at the Sorbonne University

⁶ Gabriel, Sigmar, "We Are Seeing What Happens When the US Pulls Back", in Der Spiegel, 8 January 2018

MICHAEL RICHTER

*Masterstudent, Politik, internationale Wirtschaft und internationale Beziehungen,
University College London (UCL) und Higher School of Economics Moskau (HSE)*

Wie das Carnegie Endowment in einer Analyse schreibt, zerstörten „Russlands Aktionen im Zuge der Ukraine Krise zentrale Elemente der europäischen Sicherheitsinfrastruktur der Nachkriegszeit, die zuvor knapp 75 Jahre überdauerten“ (Rumer, 2016, S.3). Gleichzeitig schreiben die Experten in ihrer Analyse von der eigenen Wahrnehmung des Kremls im Hinblick auf den defensiven Charakter dieser Handlungen. Dies ist auch in gewisser Hinsicht logisch bei Betrachtung der wirtschaftspolitischen Dynamiken Russlands seit Amtsbeginn Putins und dem (kurzfristigen) regimestützenden Charakter der 2014 ausgelösten „nationalen Welle“.

Während in der Wirtschaftsforschung ein relativ klarer, positiver Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes und dessen Grad an Demokratie besteht (Heshmati und Kim, 2017), so wurde am Beispiel Russland ein gegenteiliges Phänomen beobachtet. Während das Land in den 2000er Jahren sehr hohe Wachstumsraten erreichte, war das Land gleichzeitig das einzige, das zwischen 2001 und 2005 von einem teilweise freien zu einem autoritären Staat wurde (Aslund, 2005). Die in der Literatur angegebene Erklärung für diese untypische Entwicklung lautete „wirtschaftliches Wachstum für politische Passivität“, die Präsident Putin seinen krisengebeutelten Landsleuten versprach (Sakwa, 2014). Diese gesellschaftliche Abmachung ging so lange gut, wie parallel dazu die Ölpreise stiegen. Die Grenzen des rohstoffbasierten Wirtschaftsmodells wurden jedoch während und nach der Krise deutlich sichtbar und die Wachstumszahlen und -aussichten verschlechterten sich signifikant (Djankov, 2015). Obwohl der wirtschaftliche Teil der Abmachung ohne einschneidende, freiheitsgewährende Reformen somit nicht mehr einzuhalten war, klammerte sich ein immer autoritäreres Putin-Regime an die Macht, was einen entscheidenden Faktor beim Aufkommen der großflächigen Demonstrationen von 2011/2012 darstellte (Pifer, 2017).

Die Annexion der Krim kann aus zwei Dimensionen betrachtet werden: Gerade einmal zwei Jahre nach den Massendemonstrationen gegen den Präsidenten, stiegen Putins Popularitätswerte massiv nach der Annexion infolge einer großen „nationalen Welle“ mit klar antiwestlichen Elementen (Kolesnikov, 2018; Bechev, 2015). Jedoch waren die außenpolitischen und wirtschaftlichen Folgen des Völkerrechtsbruchs enorm und verschlimmerten die wirtschaftliche Schieflage zusätzlich: Rund 6% an möglichem BIP-Wachstum verschenkte das Land aufgrund westlicher Sanktionen, die den Kapitalabfluss beschleunigten und auch neue Technologien aus dem Westen, auf die Russland in höchstem Maße angewiesen ist, trafen (Tyll et al. 2018 und Doff, 2018). Mittel und Langfristig gesehen sind die Wachstumsaussichten Russlands schwach und der Westen hängt ein Land, welches eigentlich aufholen sollte, noch weiter ab.

Der nur kurzfristige Charakter des Legitimitätsschubs in Folge der Krimannexion wurde an den Putins Umfragewerten sichtbar, als die Pläne für die Rentenreform bekanntgegeben und durchgesetzt wurden (Kolesnikov, 2018), während jedoch die negative Wahrnehmung Russlands in den westlichen Staaten tief eingegraben ist (Dickinson, 2017). Interessanterweise war der Rückgang der Popularitätswerte für Präsident Putin mit einer deutlichen Verbesserung der Wahrnehmung der EU und den USA durch die russische Bevölkerung verbunden (Levada, 2018), was ein weiteres Indiz für das Abflauen der „nationalen Euphorie“ der Bevölkerung Russlands ist.

Die Realität hat das Land somit heute eingeholt, wobei selbst „putinnahe“ Intellektuelle wie Sergey Karaganov bereits vor einer „erwarteten Niederlage Russlands im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts“ im Falle eines Ausbleibens von Reformen warnten (Karaganov, 2015). Bereits vor der Ukraine Krise, zwischen 2000 und 2014, verließen 1.8 Millionen Menschen Russland, was vor allem junge und gebildete Menschen betraf, wobei die Auswanderungswelle durch wirtschaftliche Stagnation befeuert wird und laut Analysten „eine Signifikante Gefahr für die

Sicherheit des Landes und das Haupthindernis für ein Erstarken Russlands in der Welt“ darstellt (Ansley, 2017). Die aktuelle wirtschaftspolitische Autarkie, welche mit dem Ziel der Unabhängigkeit vom Westen geführt wird, bringt zusätzliche signifikante Kosten für die Bevölkerung mit (Andrianova, 2018).

Ein wirtschaftlich immer mehr abgehangenes Russland stellt dabei nicht nur eine Gefahr für sich selbst und seine globale Stellung dar, sondern könnte das Regime im Falle eines Erstarkens des Separatismus noch unberechenbarer machen und jenes wiederum zu noch drastischeren außenpolitischen Manövern zwecks letzter Versuche der innenpolitischen Legitimitätssteigerung führen.

Es ist somit erkennbar, dass die sozioökonomischen Aussichten sowohl kurz- als auch langfristig aktuell höchst negativ aussehen und akute Implikationen für die europäische Sicherheitsinfrastruktur haben. Es ist dabei gleichzeitig ersichtlich, dass Reformen, als auch eine (wirtschaftliche) Annäherung an den Westen die Grundvoraussetzungen für das Wachsen der russischen Wirtschaft darstellen (Smart, 2017).

Da sich ziemlich eindeutig die Hoffnung des Westens auf eine wertebasierte Sicherheitsinfrastruktur in Europa bisher nicht durchsetzen konnte, erscheint die Rolle des Westens in der aktuellen Situation relativ eindeutig: da zwischen NATO-Mitgliedsstaaten und Russland eine massive Diskrepanz in den militärischen Möglichkeiten zu Ungunsten Russlands besteht (Rumer, 2016), gilt es in Europa eine ganz klare rote Linie für das Regime zu ziehen und die Bereitschaft zum Schutze jedes Mitgliedsstaats als NATO zu garantieren, um somit die Möglichkeiten des Kremls auf aggressive Handlungen gegenüber kleinen Mitgliedsstaaten (z.B. Estland) auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Der sogenannten Toleranz-Kriegsführung, welche das Regime führt und welche den „Versuch, Grenzen des Widerstands auszudehnen und Regeln zu brechen“ umfasst, muss mit klaren und entschlossenen roten Linien begegnet werden (Chipman, 2018). Eine zentrale Rolle spielt dabei auch die Ukraine, die einen klaren Weg Richtung Westen eingeschlagen hat. Der Westen sollte jene ebenfalls stützen, wobei aktuell der Ukraine leider durch den Bau von Nordstream 2 ein zentraler Hebel gegenüber Moskau genommen wird, was aus dieser Perspektive ein falscher Ansatz ist (CRS, 2018). Alle EU-Mitgliedstaaten müssen daher eine einheitliche Politik in strategischen Sicherheitsfragen, die auch die Energiesicherheit und potentielle Opfer russischer Politik außerhalb der EU einschließen, haben. Das Ziel sollte die Erhöhung der Kosten für Krieg in Europa sein. Die Kosten sollten soweit steigen, bis das wirtschaftlich immer mehr abgehangene Russland kriegerische Handlungen als kein Mittel der Sicherung von Legitimität aus einer logischen Sichtweise mehr ableiten kann und sich zum Einlenken gezwungen sieht. Gleichzeitig sollte Europa, und insbesondere die EU, eine ausgestreckte Hand für die Modernisierung Russlands und haben und gezielt Initiativen anstoßen und unterstützen, die die Entwicklung der wirtschaftlichen Perspektiven, insbesondere eines richtigen Privatsektors, verbessern und die wirtschaftlichen Abhängigkeiten untereinander stärken, was wiederum zu einer Erhöhung der Kosten für Krieg führen würde (Friedman, 2009). Natürlich wäre das entgegen der aktuellen Politik Moskaus, jedoch was bliebe dem aktuellen Kreml-Establishment am Ende noch übrig, falls die Kosten für kriegerische Handlungen zu hoch werden und der Westen der einzige wirkliche mögliche Modernisierungspartner ist, der Russland wirtschaftlich weiterbringen und die signifikanten mittel- bis langfristigen sozioökonomischen Probleme verhindern bzw. vermindern kann?

Literaturverzeichnis

1. Andrianova, Anna. "Putin's Isolation Is Denting His Growth Plan for Russia", Bloomberg, 13 November 2018, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-11-13/putin-can-t-have-cake-and-eat-it-as-isolation-dents-growth-plan>
2. Ansley, Rachel. "Emigration Threatens Russia's Stability." Atlantic Council, 13 March 2017, www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/emigration-threatens-russia-s-stability
3. Appell, James. "The Short Life and Speedy Death of Russia's Silicon Valley." Foreign Policy, Foreign Policy, 7 May 2015, foreignpolicy.com/2015/05/06/the-short-life-and-speedy-death-of-russias-silicon-valley-medvedev-go-russia-skolkovo/

Essaywettbewerb von der KAS-Moskau und dem ICIS
„Das europäische Sicherheitssystem: Möglichkeiten und Wege zur Krisenüberwindung“

4. Aslund, Anders. "Putin's Decline and America's Response". Policy Outlook, Carnegie Endowment, 01 August 2005
5. Bechev, Dimitar. "Understanding the Contest Between the EU and Russia in Their Shared Neighborhood", Problems of Post-Communism, 2015, 62:6, 340-349,
6. Broadman, Harry G. "Putin May Be The Most Effective Economic Reformer Russia Has Ever Had." Forbes, Forbes Magazine, 2 March 2016, www.forbes.com/sites/harrybroadman/2015/09/30/putin-may-be-the-most-effective-economic-reformer-russia-has-ever-had/#1aea8a7e18a0
7. Cappelli, Otello. Hill, Ronald. "Putin and Putinism". Routledge, 2010
8. Chipman, John. "A New Geopolitical Challenge to the Rules-Based Order." International Institute for Strategic Studies (IISS), 16 November 2018. www.iiss.org/blogs/analysis/2018/11/challenge-rules-based-order
9. CRS (Congressional Research Service). "Nord Stream 2: A Geopolitical Lightning Rod", IN FOCUS, August 7, 2018
10. Djankov, Simeon. "Russia's Economy under Putin: From Crony Capitalism to State Capitalism". Policy Brief 15-18, September 2015
11. Dickinson, Peter. "Putin Learns the Hard Way That Crimean Crime Does Not Pay." Atlantic Council, 28 February 2017, www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/putin-learns-the-hard-way-that-crimean-crime-does-not-pay
12. Doff, Natasha. "Here's One Measure That Shows Sanctions on Russia are Working", Bloomberg, 16 November 2018, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-11-16/here-s-one-measure-that-shows-sanctions-on-russia-are-working>
13. Friedman, Thomas L. "The World Is Flat: a Brief History of the Twenty-First Century". Distributed by Pantheon Books/Baker & Taylor, 2009
14. Heshmati Almas, Kim Nam-Seok. The Relationship between Economic Growth and Democracy:
15. Alternative Representations of Technological Change. IZA DP No. 10880. July 2017
16. Karaganov, Sergei, "Лекторий СВОП: «Мир вернулся в эпоху борьбы всех против всех»." 24 December 2015, http://noravank.am/rus/articles/detail.php?ELEMENT_ID=14327
17. Kolesnikov, Andrei. "Why Putin's Approval Ratings Are Declining Sharply." Carnegie Moscow Center, 15 August 2018, carnegie.ru/2018/08/15/why-putin-s-approval-ratings-are-declining-sharply-pub-77049
18. Levada. "Россия и Запад." (Russland und der Westen), 2 August 2018, www.levada.ru/2018/08/02/rossiya-i-zapad-3/
19. McFaul, Michael. "Russia as It Is." Foreign Affairs, Foreign Affairs Magazine, 2 August 2018, www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2018-06-14/russia-it
20. Pifer, Steven. "The Growing Russian Military Threat in Europe." Brookings, The Brookings Institution, 16 May 2017, www.brookings.edu/testimonies/the-growing-russian-military-threat-in-europe/
21. Rapoza, Kenneth. "To Improve Economy, Russia Must 'Reduce Geopolitical Tensions'", Forbes, 30 May 2016, <https://www.forbes.com/sites/kenrapoza/2016/05/30/to-improve-economy-russia-must-reduce-geopolitical-tensions/#12021bdc6566>
22. Rumer, Eugene. "Russia and the Security in Europe" Carnegie Endowment, June 2016
23. Sakwa, Richard. Putin Redux: Power and Contradiction in Contemporary Russia. Routledge, 2014.
24. Smart, Christopher. "Economic Constraints on Russian Foreign Policy." Council on Foreign Relations, November 17 2017, www.cfr.org/report/economic-constraints-russian-foreign-policy
25. Tyll, Ladislav, et al. "The Impact of Economic Sanctions on Russian Economy and the RUB/USD Exchange Rate." Journal of International Studies, vol. 11, no. 1, 2018, pp. 21-33.

YAROSLAV SHEVCHENKO

*Studierender im 4. Studienjahr, Schule für regionale und internationale Forschung,
Fachrichtung Internationale Beziehungen, Föderale Universität Fernost, Wladiwostok*

*Our scientific power has outrun our spiritual power.
We have guided missiles and misguided men.*

*[Unsere wissenschaftliche Stärke hat unsere moralische Stärke überholt.
Wir haben ferngelenkte Raketen und irregeleitete Menschen.]*

Martin Luther King

Das Scheitern des INF-Vertrages – Rückfall in die gefährliche Vergangenheit

Spannungen zwischen Russland und dem Westen wachsen weiter an, deswegen hat sich ein Standpunkt verbreitet, dass wir heute mit einer Neuauflage des Kalten Krieges zu tun haben¹. Manche meinen, diesen Grad an Spannung und vor allem so eine Paranoia habe es seit der Kubakrise nicht mehr gegeben². Was unterscheidet aber den Kalten Krieg von der heutigen Situation?

Die nukleare Abschreckung war im Wesentlichen der einzige Grund, warum zwischen den USA und der UdSSR kein direkter bewaffneter Konflikt entflammte. Dabei waren Moskau und Washington am Ende des Kalten Krieges vernünftig genug, das aussichtslose und zermürbende Wettrüsten durch Rüstungskontrollmechanismen einzuschränken. So entstand das globale System der strategischen Stabilität. Seine Stützpfiler sind bekanntlich der Vertrag zur nuklearen Rüstungsbegrenzung (SALT-I), dessen Idee später zu Verträgen zur Verringerung strategischer Waffen (START-I und New START) weiterentwickelt wurde, der Vertrag über die Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag), der Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag), unter den landgestützte ballistische Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5000 km fallen, sowie der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag).

Washington hält heute die strategische Stabilität allem Anschein nach für ein Relikt aus der Vergangenheit, und die Angst vor garantierter gegenseitiger Vernichtung ist für beide Staatschefs kein Anreiz mehr, eine stabile Kommunikation aufrechtzuerhalten und angehäuften Probleme zu lösen.

Das Regime der Wahrung der strategischen Stabilität wurde bereits 2002 ernsthaft untergraben, als die USA einseitig vom ABM-Vertrag zurücktraten und diesen Schritt mit der Notwendigkeit begründeten, Amerika und seine Verbündete vor der wachsenden Nukleargefahr seitens der sogenannten »Schurkenstaaten« schützen zu wollen. Das war im Grunde genommen damit verbunden, dass das russische strategische Arsenal heute nur auf einen Bruchteil des sowjetischen geschrumpft ist und die USA jetzt theoretisch russische interkontinentale ballistische Raketen abschießen könnten. 2007 setzte Russland den KSE-Vertrag aus, der damals ohnehin schon seit geraumer Zeit kaum am Leben war. Heute hört man auf beiden Seiten immer lauter, dass der INF-Vertrag nichtig sei und dass die Parteien ihn gegenseitig verletzen. Es wird offen mit Wettrüsten gedroht, zusammen mit Hetze und dem fehlenden Wunsch, einander zuzuhören, verringert das die Chancen auf einen konstruktiven Dialog zwischen Russland und dem Westen³. Ein Austritt einer Partei aus dem INF-Vertrag würde in dieser Atmosphäre

nicht nur eine direkte Gefahr für die europäische Sicherheit und Rüstungskontrolle, sondern eine mögliche Implosion der ganzen Architektur der strategischen Stabilität bedeuten.

Höchstwahrscheinlich werden die USA nach dem Scheitern des Vertrages zuerst Klein- und Mittelstreckenraketen entwickeln und in Europa stationieren, was Moskau unabwendbar vor ein akutes Sicherheitsdilemma stellen würde: Hochpräzise »Euroraketen« am russischen Unterleib, die in kürzester Zeit fast jeden Ort im europäischen Teil Russlands erreichen können, machen das strategische Offensivpotenzial Moskaus größtenteils zunichte⁴. In diesem Fall würde Russland, getrieben vom Selbsterhaltungswillen, die Startrampen der »Euroraketen«, die es für strategisch hält, in die Liste der ersten Ziele seines Präventivschlages aufnehmen und Europa somit wieder dazu verdammen, ein möglicher Kriegsschauplatz zu werden, wo auch noch Atomwaffen massiv zum Einsatz kommen können. Im Hinblick auf diese Gefahr wird auch durchaus deutlich, dass es praktisch unmöglich ist, weitere Rüstungskontrollmechanismen (New START) zu erhalten.

Russland und die NATO würden also ein neues und viel gefährlicheres Stadium ihrer Konfrontation erreichen, die sich qualitativ davon unterscheidet, was wir während des Kalten Krieges gesehen haben⁵. Die Logik in den Beziehungen war ohne Zweifel auch damals schon eine Logik der extremen Feindschaft, aber der Dialog war berechenbar, stabil und vom Respekt geprägt. Heute wird Moskau hingegen nicht müde, dem kollektiven Westen »Hochmut und Unwillen« vorzuwerfen, mit Russland »normale und zivilisierte Beziehungen aufzubauen«, darauf hört Moskau, es soll gefälligst »die Klappe halten«, und wird der »globalen Achse des Bösen« zugerechnet^{6,7}. Es liegt auf der Hand, dass das Wettrüsten-Spiel mit einem beleidigten Land, das noch Erinnerungen an seine Großmachtvergangenheit hegt und pflegt, kein gutes Ende haben kann. Das Scheitern des INF-Vertrages wird uns an den *point of no return* bringen.

Welche Verletzungen des INF-Vertrages werfen Moskau und Washington einander eigentlich vor? Die USA behaupten, der russische 9M728-Marschflugkörper aus dem Bestand des Iskander-K-Raketensystems, dessen Reichweite laut offiziellen Angaben 500 km beträgt, sei mit dem verbotenen sowjetischen Raketensystem SSC-X-4 Slingshot (russ. Bezeichnung *RK-55 Relief*) verwandt, das eine Reichweite von 2900 km hatte. Noch gravierender sind Washingtons Vorwürfe wegen der 9M729-Rakete. Laut US-Informationen ist dieses Waffensystem eine landgestützte Version des seegestützten Mittelstreckenmarschflugkörpers SS-N-27 Sizzler (russ. Bezeichnung *Kalibr*), dessen Reichweite mit bis zu 2600 km angegeben wird. Die US-Seite geht davon aus, dass dieses Waffensystem in Syrien erfolgreich gegen mehr als 1000 km entfernte Ziele eingesetzt wurde⁸.

Russland seinerseits hat auch mehrere Kritikpunkte geäußert. Der russische Präsident und die für die nationale Sicherheit zuständigen Spitzenbeamten behaupten seit einigen Jahren, die Mk 41 Vertical Launching Systems, die in Europa im Rahmen des »adaptiven Ansatzes« beim Aufbau der Raketenabwehr stationiert wurden, seien mit den schiffsgestützten Tomahawk-Mittelstreckenmarschflugkörpern identisch. Die Stationierung der Tomahawks in Europa ist ein grober Verstoß gegen den INF-Vertrag. Moskau ist auch unzufrieden, weil Flugkörper, deren Eigenschaften denen der Kurz- und Mittelstreckenraketen ähnlich sind (z.B. Hera), als Zielkörper eingesetzt werden, um das Raketenabwehrsystem zu testen. Die Plattform dieser Waffensysteme kann für die Entwicklung normaler landgestützter Raketen verwendet werden. Moskau ist darüber hinaus wegen der Produktion von Kampfdrohnen in den USA besorgt, die die Kriterien für landgestützte Marschflugkörper erfüllen und deren möglicher Einsatzradius über 500 km beträgt⁹.

Neben diesen ernsthaften gegenseitigen Beschuldigungen geben die Seiten zu verstehen, dass der INF-Vertrag nicht mehr in vollem Umfang ihren nationalen Interessen entspricht. Das ist im Wesentlichen auf Raketenprogramme anderer Staaten, insbesondere Chinas, zurückzuführen. Laut Einschätzungen von Rüstungsexperten verfügt die Volksrepublik heute über das weltweit größte Arsenal an Kurz- und Mittelstreckenraketen, deren Reichweite übrigens den größten Teil Russlands abdeckt. Der Kreml spricht das nicht offen an, um die strategische Partnerschaft mit China nicht zu gefährden, aber das ist offensichtlich besorgniserregend. Die Geschichte lehrt uns, dass Freundschaft unter Großmächten eine relative und instabile Größe in den internationalen Beziehungen ist. Ein Rücktritt vom INF-Vertrag würde Washington eine legale Möglichkeit geben, im asiatisch-pazifischen Raum Kurz- und Mittelstreckenraketen zu stationieren, zum Beispiel unter dem Vorwand der Abschreckung Nordkoreas, und auf diese Weise das aufstrebende China politisch unter Druck zu setzen. Es liegt auf der Hand, dass in diesem Fall auch der russische Ferne Osten als Ziel für amerikanische Raketen infrage kommen würde.

Der INF-Vertrag wurde vor über 30 Jahren abgeschlossen, und es ist völlig verständlich, dass einige seine Bestimmungen nicht mehr den Interessen Russlands und der USA entsprechen¹⁰. Der Kreml sollte verstehen, dass eine Auflösung des INF-Vertrages vor allem Washington Vorteile bringen würde. Die Möglichkeit, teure Raketen zu bauen, die keinen Einfluss auf die strategische Parität mit den USA haben, Europa jedoch in radioaktive Asche verwandeln können, wird auch nicht wirklich im russischen Sicherheitsinteresse sein. Ein kluger Schritt in dieser Situation wäre ein Verzicht auf den Grundsatz »Diplomatische Gegenseitigkeit um der diplomatischen Gegenseitigkeit willen«. Nicht alle Vorwürfe und Herausforderung bedürfen einer »prompten und symmetrischen Antwort«¹¹. Am wichtigsten ist, dass man nicht hysterisch und emotional handelt. Vorführung von »8-bit-Animationen«, die einen Nuklearschlag gegen die USA mit einer neuen Superrakete darstellen, wird nicht unbedingt dazu beitragen, dass Moskau als ein konstruktiver Partner in diesem Dialog wahrgenommen wird.

Der Ausstieg aus dem INF-Vertrag ist eine Zeitmaschine, die uns in die schrecklichen Zeiten zurückversetzen wird, wo der Kalte Krieg einen seiner Höhepunkte erlebte, die Raketenkrise Anfang der 1980er Jahre. Wenn Russland und die USA nicht die Verhältnisse reproduzieren wollen, die Washington und Moskau beinahe zur garantierten gegenseitigen Auslöschung geführt hätten, müssen sie zurück an den Verhandlungstisch mit dem festen politischen Willen, den Vertrag zu erhalten und an die neue Realität anzupassen. Dafür wird aber auch ein nüchternes militärpolitisches Expertenwissen benötigt. Es ist doch besser, mit Spielregeln zu leben als ohne, nicht wahr?

Fußnoten

¹ С. Караганов., Односторонняя холодная война Запада // Россия в глобальной политике. URL: <http://www.globalaffairs.ru/pubcol/Odnostoronnyaya-kholodnaya-voyna-Zapada-19460> (дата обращения: 5 апреля 2018 г.)

² R. N. Haass., Cold War II // Project Syndicate. URL: <https://www.project-syndicate.org/commentary/new-cold-war-mainly-russia-fault-by-richard-n--haass-2018-02> (дата обращения: 5 апреля 2018 г.)

³ Трамп пообещал Путину выиграть гонку вооружений // Lenta.ru. URL: <https://lenta.ru/news/2018/03/30/gonka/> (дата обращения: 30 марта 2018 г.)

⁴ Семь минут полета до Москвы // Взгляд. URL: <https://vz.ru/society/2014/8/21/701520.print.html> (дата обращения: 3 апреля 2018 г.)

⁵ С. Караганов., Ракеты в Европе: воспоминания о будущем? // Россия в глобальной политике. URL: <http://www.globalaffairs.ru/pubcol/Rakety-v-Evrope-vozpominaniya-o-buduschem-18266> (дата обращения: 4 апреля 2018 г.)

Essaywettbewerb von der KAS-Moskau und dem ICIS
„Das europäische Sicherheitssystem: Möglichkeiten und Wege zur Krisenüberwindung“

⁶ Соединенные санкции Америки: Конгресс США включил Россию в мировую «ось зла» вместе с Ираном и Северной Кореей // Коммерсант.ru. URL: <https://www.kommersant.ru/doc/3365795> (дата обращения: 30 марта 2018 г.)

⁷ Министр обороны Великобритании посоветовал России «отойти и заткнуться» // Lenta.ru. URL: https://lenta.ru/news/2018/03/15/go_away/ (дата обращения: 16 марта 2018 г.)

⁸ Bureau of Arms Control, Verification and Compliance Factsheet INF Treaty: At a Glance // U.S. Department of State. URL: <https://www.state.gov/t/avc/rls/2017/276361.htm> (дата обращения: 5 апреля 2018 г.)

⁹ Договор между СССР и США о ликвидации их ракет средней дальности и меньшей дальности // МИД России. URL: http://www.mid.ru/voenno-strategiceskie-problemy/-/asset_publisher/hpkjeev1aY0p/content/id/1138496 (дата обращения: 3 апреля 2018 г.)

¹⁰ Договор по РСМД не может действовать бесконечно, заявил Иванов // РИА Новости. URL: https://ria.ru/defense_safety/20130621/945019919.html (дата обращения: 9 апреля 2018 г.)

¹¹ Путин: реакция России на выход США из РСМД будет мгновенной и зеркальной // ТАСС URL: <http://tass.ru/politika/4661214> (дата обращения: 30 марта 2018 г.)

ALEKSEI STANONIS

*Bachelorstudierender im 3. Studienjahr, Internationale Beziehungen
Föderale Universität Fernost, Wladiwostok*

Das Potenzial der Vereinten Nationen bei der Überwindung der Krise der europäischen Sicherheit

Wer ist schuld und was soll man tun? Das sind zwei Fragen, die in der Regel am schwierigsten zu beantworten sind, wenn man sich mit einem Problem aus dem Bereich der internationalen Beziehungen beschäftigt. Die europäische Sicherheit wurde für mich leider keine Ausnahme.

Abgesehen von allen unkonventionellen Bedrohungen für internationale Beziehungen, die das 21. Jahrhundert für Europa mit sich gebracht hat, bleiben ganz gewöhnliche Konflikte zwischen Staaten die größte Gefahr für Frieden und Sicherheit in dieser Region. Wenn man innerhalb eines realistischen Paradigmas bleibt, kann man sagen, dass Europa seit dem Mittelalter stets ein Kampfraum für die Oberligisten war, der sich mit dem Einsetzen der Dekolonisation in den »Hinterhof« der Großmächte wandelte. Während der Nahe Osten, Südostasien und Afrika Zonen permanenter Konflikte blieben, garantierte der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene und durch die nukleare Abschreckung gesicherte Status quo, dass der europäische Kriegsschauplatz ausschließlich auf Landkarten existiert. Das Kräfteverhältnis am Ende des Kalten Krieges wurde zuerst auf dem Papier und dann auch institutionell verankert, als 1973 die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gegründet wurde.

Freunde erkennt man in der Not, die Effizienz einer internationalen Organisation erkennt man in der Krise. Die Auflösung des Warschauer Vertrages und dann auch der Zerfall der Sowjetunion führten zu mehreren Konflikten in Europa, keiner von ihnen wurde dank den Bemühungen der OSZE geregelt. Es war weder in Jugoslawien, noch in Transnistrien, noch in der Ukraine der Fall.

Man sollte aber nach den Ursachen für die Hilflosigkeit der OSZE nicht in ihren inneren Konstruktionsfehlern suchen. Die Organisation wurde als eine Art Ausgleicher in der bipolaren Welt erschaffen. Ihre Aufgabe war, zwischen den verfeindeten Großmächten zu vermitteln, und die OSZE war ihr durchaus gewachsen, solange es diese zwei Pole gab. Ein Kontrahent verschwand dann aber zunächst für immer und war danach trotz aller Bemühungen seiner Führung nicht mehr imstande, die Parität in vielen Bereichen wiederherzustellen. Der OSZE bleibt also nur die Zuspitzung der Lage festzustellen und die Seiten zu einem Kompromiss aufzurufen.

Dieses Schicksal war eigentlich einer anderen Organisation nicht beschert, war sie doch laut ihrem Statut als das Fundament der globalen Nachkriegsordnung gedacht – die Vereinten Nationen. Jedes der fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat besitzt das Vetorecht, dieses Recht war dazu da, die Schlüsselakteure auf der Weltarena zum Konsens zu zwingen, was lange auch funktionierte. Stimmt es immer noch?

Fangen wir nun mal pessimistisch an. Zum ersten Zeichen der neuen Weltordnung wurden die Luftangriffe auf Jugoslawien am 24. März 1999. Es gibt nur zwei denkbare Situationen, wo Gewaltanwendung gegen einen souveränen Staat vom Völkerrecht gerechtfertigt sein kann. Der erste ist es die Selbstverteidigung gegen eine Aggression eines anderen souveränen Staates¹ und der zweite ist die Umsetzung eines Beschlusses des UN-Sicherheitsrates².

Die Angriffe der Nordatlantikallianz waren nicht vom UN-Sicherheitsrat gebilligt, aber das ist nicht das Schlimmste. Wirklich tragisch ist, dass der Sicherheitsrat diese Angriffe de facto legitimierte, indem er am 10. Juni 1999 lediglich erwähnte, dass er sich zur Wahrung der territorialen Integrität Jugoslawiens bekenne und dass Repression gegen die albanische Bevölkerung Kosovos unzulässig sei³.

Zugleich kann man auch nicht sagen, dass sich nur Russland solchen Handlungen widersetzte. Der damalige russische Außenminister Jewgenij Primakow ließ bekanntlich seine Regierungsmaschine über dem Atlantik wenden und unterbrach somit seinen Besuch in den USA. Österreich untersagte den Flugzeugen der NATO-Mitglieder die Nutzung seines Luftraumes⁴ und die Schweiz verhängte sogar Sanktionen gegen die Staaten der Allianz⁵, wenn auch rein demonstrativ.

Zum nächsten gefährlichen Präzedenzfall wurde der Angriff der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf mehrere Objekte in Syrien Anfang 2018. Die *Permanent Trinity*⁶ forderte die Vereinten Nationen noch stärker heraus, denn sie hatte nicht nur einen souveränen Staat angegriffen, sondern auch diesen Angriff in unmittelbarer Nähe der Truppen eines anderen ständigen Mitglieds im UN-Sicherheitsrat durchgeführt. Dieses Mal ging es für das Zielland der westlichen Angriffe besser aus, während die UNO sogar noch geringere Ergebnisse erreichte. Die Hauptakteure beschuldigten sich gegenseitig während der Sitzung des UN-Sicherheitsrates, konnten sich aber am Ende auf kein Abschlussdokument einigen⁷.

Es entsteht die logische Frage: Wenn selbst die Staaten, die die Vereinten Nationen gegründet haben, um ihre Position zu stärken, und eigentlich die Hüter der in der UN-Charta festgehaltenen Ordnung sein sollten, sich nicht mehr an die Spielregeln halten, macht es denn überhaupt noch Sinn, auf die Vereinten Nationen künftig zu hoffen? Was kann die UNO noch bieten, um die Krise der europäischen Sicherheit zu überwinden, die in der Ukraine besonders deutlich wurde?

Die Hoffnung ist immer noch da. Erstens nutzen die Konfliktparteien diese Form von Legitimation, wenn ein Konsens erreicht ist, wenn sie diese Legitimation bei einigen Kampfhandlungen auch ignorieren. Zum Beispiel wurden der sogenannte »nukleare Iran-Deal«⁸ und die Minsker Abkommen⁹ alle durch einschlägige Resolutionen des UN-Sicherheitsrates gebilligt. Das heißt, die Vereinten Nationen verfügen immer noch über eine ernstzunehmende Bedeutung in den heutigen internationalen Beziehungen, die immer zynischer und prinzipienloser werden.

Man sollte auch die Rolle der UNO als Plattform nicht unterschätzen, wo Staaten ihre Interessen kundgeben. Während die Zahl der gemeinsamen Formate zwischen Russland und Europa stets zurückgeht (Russland verließ die G8, der Russland-NATO-Rat stellte seine Arbeit ein, die Kooperation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates wurde ebenfalls eingestellt.), halten Vertreter der Mitgliedsstaaten der UNO nach wie vor Programmreden in der UN-Vollversammlung, Russland und seine Opponenten setzen gemeinsam Projekte der Weltbank um, arbeiten in der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA zusammen, um die Nichtweiterverbreitung zu stärken, unterstützen Inselstaaten im Kampf gegen den Klimawandel und machen noch vieles andere mehr, was zur Aufnahme ständiger diplomatischer Kontakte führt, die ihrerseits das gegenseitige Vertrauen stärken.

Friedensmissionen sind ein wichtiger Mechanismus für die Beilegung aktueller Krisen, der den Vereinten Nationen potentiell zur Verfügung steht. Ursprünglich hatte auch noch eine andere Möglichkeit zur Diskussion gestanden, bewaffnete Einheiten im Namen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit einzusetzen, nämlich die Gründung der UN-Streitkräfte unter der Führung des Generalstabsausschusses des Sicherheitsrates¹⁰, aber sie blieb schließlich nur ein Traum, genauso wie die Erklärung über allgemeine und vollständige Abrüstung. Zurzeit gibt es nur Friedenskorps, die nach

Abschluss der »heißen« Konfliktphase zur Wahrung des Friedens in Krisengebieten eingesetzt werden können.

Diskussionen über die Gründung einer UN-Friedensmission in der Ukraine bieten wenig Grund für Optimismus, weil sie schon seit mehreren Jahren dauern. Wenn aber im UN-Sicherheitsrat doch noch ein Konsens in dieser Frage erreicht wird, d.h. die Blauhelme dürfen nur an der Kontaktlinie zwischen den Streitkräften der Ukraine und der selbsternannten Republiken stationiert werden, wie es Russland fordert¹¹, bekommt diese Idee etwas bessere Aussichten.

In der Geschichte der UN-Friedenstruppen gibt es verschiedene Präzedenzfälle. Einige Missionen waren erfolgreich, wie zum Beispiel die Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara (MINURSO), die 1991¹² ins Leben gerufen wurde, um ein Blutvergießen zwischen Marokko und der Volksfront zur Befreiung von Saguía el Hamra und Río de Oro (Polisario) zu verhindern. Eine andere Mission führte hingegen zu den Ereignissen, die wir heute als »Massaker von Srebrenica« kennen. Manche Missionen sind motorisierte Einheiten mit gepanzerten Fahrzeugen, andere sind Polizeieinheiten, die für Ordnung im Nachkriegschaos sorgen. Wie dem auch sei, kommt ein Versuch, die Ukraine-Krise mithilfe der Friedenstruppen aus den nicht am Konflikt beteiligten Staaten beizulegen, nicht ganz sinnlos vor, solange die Krise jederzeit erneut eskalieren kann.

Politiker, Publizisten und Personen des öffentlichen Lebens werfen den Vereinten Nationen oft Ineffizienz vor, aber diese Abneigung wurzelt oft nicht in der Tätigkeit der UNO, sondern darin, dass Sinn und Zweck der Organisation missverstanden werden. Nicht die Vereinten Nationen scheiterten in Jugoslawien oder in der Ukraine, sondern die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. Die Vereinten Nationen lösen keine zwischenstaatlichen Probleme, das war nie ihre Aufgabe. Die UNO ist berufen, eine Verhandlungsplattform zu sein und zu vermitteln. Sie soll maßgeschneiderte Mechanismen zur Konfliktbeilegung vorschlagen, aber es sind nur »die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat«¹³, die füreinander einen dauerhaften Frieden in und außerhalb Europas schaffen können.

Fußnoten

¹ Резолюция Генеральной Ассамблеи ООН A/RES/3314(XXIX);

² Глава VII, статья 42 Устава Организации Объединённых Наций;

³ Резолюция СБ ООН S/RES/1244 (1999);

⁴ Государства Альпийского региона и страны Бенилюкс в меняющейся Европе / Под ред. В. Я. Швейцера — М.: Весь Мир, 2009. — С. 116, 118–119;

⁵ Государства Альпийского региона и страны Бенилюкс в меняющейся Европе / Под ред. В. Я. Швейцера — М.: Весь Мир, 2009. — С. 148–149;

⁶ «Permanent trinity» — «Постоянная троица», неформальное обозначения постоянных членов СБ ООН, состоящих в НАТО;

⁷ Отчёт о заседании СБ ООН 14 апреля 2018 года S/PV.8233;

⁸ Резолюция СБ ООН S/RES/2231(2015);

⁹ Резолюция СБ ООН S/RES/2202(2015);

¹⁰ Глава V, статья 26 Устава Организации Объединённых Наций;

¹¹ Совместная пресс-конференция Владимира Путина с Федеральным канцлером Австрии Себастианом Курцем, URL: <http://kremlin.ru/events/president/news/56952>;

¹² Резолюция СБ ООН S/RES/690(1991);

¹³ Первый абзац Преамбулы Устава ООН.

Zurück in die Zukunft ?

Der Balkan ist die Achillesferse des europäischen Sicherheitssystems. Diese schlichte Feststellung wirkt provozierend, weil sie in politisch unkorrekter Weise die unbestrittene Relevanz anderer Regionen des Globus in Frage zu stellen scheint, die beispielsweise vom Nahen Osten, Nordafrika oder dem Südkaukasus für Europa ausgehen. Nur – all jene Regionen waren nie politische Marktplätzeⁱ wie der Balkan es war und bis heute noch ist.

Das Problem postimperialer Räume

Der Erste Weltkrieg deutete bereits die politische Komplexität des Balkans an: das Zusammenwirken ethnischer und nationaler Bestrebungen der amtierenden Politiker, die patriotischen Wandlungen im Kampf um Nationenbildung sowie Autonomiebestrebungen und unübersichtliche Bündnissysteme.ⁱⁱ Nach dem Ende der Kriege im ehemaligen Jugoslawien (1991-1995) übernahm die EU gemeinsam mit den USA die führende Rolle beim Aufbau der kriegsgezeichneten Länder in der Region. Die NATO hatte zur Beendigung der Kriege beigetragen und sollte mit ihren militärischen Missionen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo für Sicherheit und Stabilität sorgen. Die EU setzte sich mit der Heranführungsstrategie zum Ziel, die Staaten des Westbalkan nicht nur nachhaltig zu stabilisieren sowie wirtschaftlich und ökonomisch an den Westen zu binden, sondern auch Impulse für die Demokratisierung in der Region zu bieten.ⁱⁱⁱ Auf dem Gipfeltreffen von Thessaloniki im Jahr 2003 sagte die EU den Staaten des ehemaligen Jugoslawien eine Beitrittsperspektive zu und verortete ihre Zukunft in der Europäischen Union.^{iv}

Während im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert die drei Imperien des Habsburger Reiches, des Russischen Zarenreiches und des Osmanischen Reiches auf dem Balkan um Einfluss und Dominanz suchten, scheinen ein Jahrhundert später die Merkmale der Balkanregion dieselben zu sein. Lediglich die Akteure haben sich verändert: Mit der EU, der Volksrepublik China^v, Russland und den USA treten die wesentlichen Akteure des 21. Jahrhunderts auf dem Balkan in eine gegenüberstehende Konstellation um Macht und Einfluss ein. Die Außenpolitik der Republik Serbien – dem größten Staat unter den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens - spiegelt diese offene Konstellation wieder, gründet sie doch auf vier Säulen: 1. das Ziel der Mitgliedschaft in der EU; 2. Russland als traditioneller Verbündeter und Energielieferant; 3. die USA als globale Ordnungsmacht und 4. China als aufstrebende Macht.^{vi}

Versucht man zu verstehen, wie russische Eliten außen- und sicherheitspolitisch denken, wird deutlich, dass Russland als post-imperiale Macht mit dem Erbe seiner Geschichte kämpft und einen aus seiner Sicht legitimen Platz in der internationalen Ordnung sucht.^{vii} Nach Münkler wird dabei das Problem postimperialer Räume deutlich. Der Blick auf Südosteuropa zeigt jene Dialektik, die im 20. Jahrhundert beim Zerfall von Imperien ein ums andere Mal zutage getreten ist: Postimperiale Räume sind darauf angewiesen, dass sie von außen stabilisiert werden, damit in ihrem Inneren eine stabile Ordnung entstehen kann.^{viii} Anhand dieser Konstellation und der daraus resultierenden Offenheit für externe Einflüsse erkennt Krastev im Balkan des 21. Jahrhunderts einen zunehmend geopolitisch umkämpften Raum. In einem geopolitisch umkämpften Raum können die Akteure ihren Einfluss durch einen geringen Aufwand erheblich steigern. „The Balkan region“, so Krastev, „is where Russia can work to destabilise the EU at very low political cost for itself, both in cash terms and in risking a confrontation with the US“.^{ix}

Europa und Russland im Systemkonflikt

Die Euphorie über das „Ende der Geschichte“ wird von einer Sorge um eine „Rückkehr der autoritären Regime“ ersetzt, die die Staatenwelt in unterschiedliche herrschaftspolitische Lager polarisieren und eine neue Ära der Rivalität zwischen westlichen, liberalen Demokratien und nicht-westlichen, autokratischen Regimes entstehen lässt.^x Zudem identifiziert Ikenberry Zeichen der Etablierung einer „autokratischen Internationale“, welche von Russland und China angeführt wird, wodurch die weltpolitische Lage in eine Logik der demokratisch-autoritären Divergenz gespalten wird und dementsprechend zu mehr Konflikt- und Kriegsgefahren führen kann.^{xi} Charles Tilly hat bereits in den frühen 2000er Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass neben Demokratisierungsbemühungen („transition towards democracy“) auch immer Entwicklungen in die entgegengesetzte Richtung („transition from democracy“) einhergehen.^{xii} Die Demokratisierungsanstrengungen der EU im Westbalkan sind demnach nicht in Stein gemeißelt, sondern drohen durch autoritäre Gegenbewegungen zu erodieren.

Russland als Gegengewicht zum Westen

Ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion scheint sich der Einfluss Russlands in Zentral- und Osteuropa wiederherzustellen. Wie weit diese Zustimmung reicht, verdeutlicht eine Studie des *Pew Research Center*, für welche Daten aus 18 Staaten erhoben worden sind. Auf dem Balkan wird Russland zunehmend von mehrheitlich orthodoxen Christen als relevantes Gegengewicht zum Westen und als Schutzmacht der Orthodoxie und des orthodoxen Glaubens betrachtet.^{xiii} Der Aussage, dass ein starkes Russland notwendig sei, um den Einfluss des Westens einzudämmen bzw. auszubalancieren, stimmten 80% der Befragten in Serbien und 55% der Befragten in Bosnien-Herzegowina zu.^{xiv}

Von besonderem Interesse ist daher, dass Moskaus außenpolitisches Wirken nicht auf materiellen Machtressourcen wie Militär oder Wirtschaft beruht, sondern primär die eigene *soft-power*^{xv} im Zentrum steht.^{xvi} Genutzt werden gemäß dem russischen außenpolitischen Konzept Möglichkeiten der Zivilgesellschaft sowie Informations- und Kommunikationstechnologien.^{xvii} Dabei soll mittels Regierungsorganisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Medienkanälen, Universitäten und der russisch-orthodoxen Kirche ein positives Bild von Russland in der Welt verbreitet werden.^{xviii} Im Sinne des *soft-power* – Konzeptes nach Nye werden kulturelle und politische Zusammenarbeit gefördert und Gemeinsamkeiten hervorgehoben. Zugleich wird die vermeintliche Dekadenz des westlichen Gesellschaftsmodells und die angebliche Verlogenheit westlicher Politik akzentuiert. Ein Strategiepapier des russischen Think-Tanks *Russian International Affairs Council* (RIAC) deutet diese Politik an und sieht den Balkan als eine Art „solid testing ground for the use of soft-power“.^{xix}

Drohendes Konfliktpotenzial

Die politische Führung der Republika Srpska (RS) – der mehrheitlich von Serben bewohnten Entität in Bosnien-Herzegowina – pflegt enge Beziehungen zu Moskau. Milorad Dodik, Präsident der RS, gilt als Unterstützer des Kremls und der Krim-Annexion. Russland ist bei Entscheidungen der Regierung der RS involviert und trainiert die polizeilichen und paramilitärischen Einheiten der RS.^{xx} Ferner hat Moskau die Regierung der RS beim Referendum über den verfassungswidrigen Unabhängigkeitstag der RS im September 2015 indirekt unterstützt.^{xxi} Daher ist die indirekte Unterstützung für ein ebenfalls verfassungswidriges Unabhängigkeitsreferendum^{xxii} der RS zu erwarten, mit dem Dodik nicht nur provoziert, sondern auch auf die Karte des Ethnonationalismus setzt. In der Frage eines Unabhängigkeitsreferendums der RS ist Russland der einzige externe Akteur, der diese Position unterstützt.^{xxiii}

Konfliktverschärfend wirkt sich aus, dass mit der Annexion der Krim im Jahre 2014 Russland die Möglichkeit der gewaltsamen Grenzänderung wieder in die politische Realität Europas heraufbeschworen hat.^{xxiv} Durch die Bereitschaftshaltung, Grenzveränderungen gegen den Willen des Westens

durchzusetzen, hat sich die Anzugskraft Russlands für revisionistische nationalistische Kräfte auf dem Balkan verstärkt. Somit avanciert der Balkan zur Achillesferse Europas, da all jene Demokratisierungs- und Friedensbemühungen seitens der EU auf dem Balkan nach dem blutigen Zerfall Jugoslawiens zu scheitern drohen, wenn Russland Europas wunden Punkt weiterhin gezielt schwächt und sich als autoritäre Gegenmacht positioniert. Wenn die Europäische Union nachhaltigen Frieden an ihren Rändern etablieren will, muss sie eine neue Dynamik in die Beitrittsprozesse bringen, um ihre Attraktivität zu steigern. Andernfalls droht ihr der Weg zurück in die blutige Zukunft der 1990er Jahre.

Literaturverzeichnis

1. Bieri, Matthias (2017): Der Westbalkan zwischen Russland und der EU, Center for Security Studies, CSS Studie, ETHzürich
2. Carnegie Endowment for International Peace (1914): Report of The International Commission To Inquire into the Causes and Conduct of The Balkan Wars, Endowment, Washington, D.C.
3. Diamant, Jeff (2017): Orthodox Christians in Central and Eastern Europe favor strong role for Russia in geopolitics, religion, in: Pew Research Center, URL: <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2017/05/11/orthodox-christians-in-central-and-eastern-europe-favor-strong-role-for-russia-in-geopolitics-religion/> [zuletzt aufgerufen: 13.10.2018]
4. Dümmel, Karsten/ Maric, Ivana (2016): Das umstrittene Nationalfeiertagsreferendum in der Republika Srpska, in: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bosnien Herzegowina, Länderbericht
5. Dümmel, Karsten (2018): Bosnien und Herzegowina, in: Der Einfluss externer Akteure auf dem Westbalkan, in: Konrad Adenauer Stiftung, S. 16-20
6. Dzhic, Vedran (2018): „Der geopolitische Marktplatz Balkan – Verliert die EU das Primat?“, in: „Verliert der Westen an Einfluss? Verschiebung der Mächteverhältnisse auf dem Westbalkan, in der Türkei und der MENA-Region“, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Working Paper 100/2018
7. European Parliament (2017): Serbia's cooperation with China, the European Union, Russia and the United States of America, in: European Parliament. Directorate-General for External Policies, Policy Department
8. Gu, Xuewu (2014): Die große Mauer in den Köpfen: China, der Westen und die Suche nach Verständigung. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 1482
9. Gu, Xuewu (2016): Chinas Aufstieg zur Großmacht und seine Herausforderungen für den Westen, in: Bindenagel, James/ Herdegen, Matthias/ Kaiser, Karl (Hrsg.): Internationale Sicherheit im 21. Jahrhundert. Deutschlands internationale Verantwortung, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 1788, S.57-67
10. Ikenberry, John G. (2008): The Rise of China and the Future of the West, in: Foreign Affairs, 87 (1) 2008, S.23-37
11. Krastev, Ivan (2018): Europe is facing a potential crisis in the Balkans. It has to act soon, in: TheGuardian, URL: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/feb/21/europe-crisis-balkans-eu-membership-russia-china-turkey> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2018]
12. Meister, Stefan (2018): Militärische Machtdemonstration statt Realpolitik: Präsident Wladimir Putin verabschiedet sich von der liberalen Weltordnung, in: Meister, Stefan (Hrsg.): Zwischen alter und neuer Weltordnung: Die Logik der Russischen Außen- und Sicherheitspolitik, DGAPkompakt, Nr.20, September 2018, S.3-9
13. Münkler, Herfried (2013): Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Anaconda Verlag, Köln
14. Nikolic, Marko (2016): Central-Eastern European Countries' (CEEC) and Serbia's Perspective and Position towards Chinese „One Belt, One Road“ Initiative – A Geopolitical Overview, in: The Review of International Affairs, Vol. LXVII, No.1161, January-March 2016, S.45-64
15. Nye, Joseph S. Jr (2004): Soft Power. The Means to Success in World Politics, Public Affairs, New York
16. Pivovarenko, Alexander (2014): Modern Russia in the Modern Balkans: Soft Power through Investment, in: Russian International Affairs Council, URL: <http://russiancouncil.ru/en/analytics-and-comments/analytics/modern-russia-in-the-modern-balkans-soft-power-through-inves/> [zuletzt aufgerufen: 13.10.2018]
17. Rat der Europäischen Union (2003): Gipfeltreffen EU – Westliche Balkanstaaten, URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/misc/76317.pdf [zuletzt aufgerufen: 13.10.2018]
18. The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation (2013): Concept of the Foreign Policy of the Russian Federation, URL: http://www.mid.ru/en/foreign_policy/official_documents/

[/asset_publisher/CptlCk6B6BZ29/content/id/122186?p_p_id=101_INSTANCE_CptlCk6B6BZ29&_101_INSTANCE_CptlCk6B6BZ29_languageId=en_GB](#) [zuletzt aufgerufen: 13.10.2018]

19. Tilly, Charles (2003): Inequality, Democratization, and De-Democratization, in: *Sociological Theory*, Vol.21, No.1 (March 2003), S.37-43.

Fußnoten

ⁱ Džihic, Vedran (2018): Der geopolitische Marktplatz Balkan – Verliert die EU das Primat?, in: Akbulut, Hakan/ Džihic, Vedran/ Günay, Cengiz: Verliert der Westen an Einfluss? Verschiebung der Mächteverhältnisse auf dem Balkan, in der Türkei und der MENA-Region, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Working Paper 100/2018, S.9-18, hier: S.9-10

ⁱⁱ Carnegie Endowment for International Peace (1914): Report of The International Commission To Inquire into the Causes and Conduct of The Balkan Wars, Endowment, Washington, D.C., S.21-70

ⁱⁱⁱ Džihic, Vedran (2018): a.a.O.

^{iv} Rat der Europäischen Union (2003): Gipfeltreffen EU – Westliche Balkanstaaten, S.2, URL: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/misc/76317.pdf

^v Für eine grundlegende Einführung zum Verständnis des Aufstiegs der Volksrepublik China siehe: Gu, Xuewu (2014): *Die große Mauer in den Köpfen: China, der Westen und die Suche nach Verständigung*. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 1482.

^{vi} Nikolic, Marko (2016): Central-Eastern European Countries' (CEEC) and Serbia's Perspective and Position towards Chinese „One Belt, One Road“ – Initiative – A Geopolitical Overview, in: *The Review of International Affairs*, Vol. LXVII, No. 1161, January – March, S.45-64, hier: S.55-56

^{vii} Meister, Stefan (2018): Militärische Machtdemonstration statt Realpolitik: Präsident Wladimir Putin verabschiedet sich von der liberalen Weltordnung, in: Meister, Stefan (Hrsg.): *Zwischen alter und neuer Weltordnung: Die Logik der Russischen Außen- und Sicherheitspolitik*, DGAPkompakt, Nr.20, September 2018, S.3-9, hier: S.3

^{viii} Münkler, Herfried (2013): *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Anaconda Verlag, Köln, S.219

^{ix} Krastev, Ivan (2018): Europe is facing a potential crisis in the Balkans. It has to act soon, in: *TheGuardian*, URL: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/feb/21/europe-crisis-balkans-eu-membership-russia-china-turkey>

^x Gu, Xuewu (2016): Chinas Aufstieg zur Großmacht und seine Herausforderungen für den Westen, in: Bindenagel, James/ Herdegen, Matthias/ Kaiser, Karl (Hrsg.): *Internationale Sicherheit im 21.Jahrhundert. Deutschlands internationale Verantwortung*, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 1788, S.57-67

^{xi} Ikenberry, John G. (2008): The Rise of China and the Future of the West, in: *Foreign Affairs*, 87 (1) 2008, S.23-37

^{xii} Tilly, Charles (2003): Inequality, Democratization, and De-Democratization, in: *Sociological Theory*, Vol.21, No.1 (March 2003), S.37-43

^{xiii} Diamant, Jeff (2017): Orthodox Christians in Central and Eastern Europe favor strong role for Russia in geopolitics, in: Pew Research Center, URL: <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2017/05/11/orthodox-christians-in-central-and-eastern-europe-favor-strong-role-for-russia-in-geopolitics-religion/>

^{xiv} Ebd.

^{xv} Nye, Joseph (2004): *Soft Power. The Means to Success in World Politics*, Public Affairs, New York, S.1-32.

^{xvi} Die Rolle Russlands auf dem Balkan als Akteur mit weitreichenden militärischen sowie wirtschaftlichen Ressourcen scheint in den letzten Jahren zunehmend von der USA, der EU als auch der V.R. China herausgefordert zu werden. Es zeichnet sich der Trend ab, dass Russland in wirtschaftlichen Bereichen der EU und der V.R. China den Platz räumt. Für eine nähere Untersuchung siehe: *European Parliament (2017): Serbia's cooperation with China, the European Union, Russia and the United States of America*, in: *European Parliament. Directorate-General for External Policies, Policy Department*.

^{xvii} Bieri, Matthias (2017): Der Westbalkan zwischen Russland und der EU, Center for Security Studies, CSS Studie, ETHzürich, S.14

^{xviii} The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation (2013): Concept of the Foreign Policy of the Russian Federation, URL: http://www.mid.ru/en/foreign_policy/official_documents/-/asset_publisher/CptlCk6B6BZ29/content/id/122186?p_p_id=101_INSTANCE_CptlCk6B6BZ29&_101_INSTANCE_CptlCk6B6BZ29_languageId=en_GB

^{xix} Pivovarenko, Alexander (2014): Modern Russia in the Modern Balkans: Soft Power through Investment, in: *Russian International Affairs Council*, URL: <http://russiancouncil.ru/en/analytics-and-comments/analytics/modern-russia-in-the-modern-balkans-soft-power-through-inves/>

^{xx} Dümmel, Karsten (2018): Bosnien und Herzegowina, in: *Der Einfluss externer Akteure auf dem Westbalkan*, in: Konrad Adenauer Stiftung, S.16-20, hier: S.17

^{xxi} Ebd.

^{xxii} Erstmals wurde die Idee eines Referendums über die Unabhängigkeit der Republika Srpska von seitens Dodik im Jahre 2006 in die Debatte eingebracht. Seitdem verspricht Dodik jedes Jahr mehrfach das Referendum durchzuführen. Insgesamt hat er mehr als 30 Mal Referenden angekündigt: über die Unabhängigkeit der RS, über Entscheidungen des Verfassungsgerichtes in Bosnien-Herzegowina oder über die Abschaffung des Gerichtshofes und der Staatsanwaltschaft von Bosnien-Herzegowina. Für eine nähere Betrachtung siehe: *Dümmel, Karsten/ Maric, Ivana (2016): Das umstrittene Nationalfeiertagsreferendum in der Republika Srpska*, in: *Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bosnien Herzegowina, Länderbericht*.

Essaywettbewerb von der KAS-Moskau und dem ICIS
„Das europäische Sicherheitssystem: Möglichkeiten und Wege zur Krisenüberwindung“

^{xxiii} Dümmel, Karten/ Maric, Ivana (2016): Das umstrittene Nationalfeiertagsreferendum in der Republika Srpska, in: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bosnien Herzegowina, Länderbericht, S.1-2

^{xxiv} Bieri (2017): a.a.O., S.17

MARIIA TARASOVA

Masterstudierende im 1. Studienjahr, American Studies, Staatliche Universität Sankt Petersburg

Die Wahrung der regionalen und globalen Sicherheit war bereits Ende des 19. Jhs. eine Priorität auf der Tagesordnung der führenden Staaten der Welt, als in Den Haag 1899 die erste Friedenskonferenz stattfand. Das war eine Schlüsselaufgabe in ihren Beziehungen. Das Erbe zweier blutiger Kriege wie auch des Kalten Krieges, der Europa und die Welt mehr als ein halbes Jahrhundert lang zweigeteilt hatte, bewog die europäischen Staaten einschließlich der UdSSR, ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem aufzubauen. Diese Initiative wurde durch die Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki 1975 besiegelt. Das System, zu dem die Russische Föderation gegenwärtig gehört, funktioniert immer noch, wenn auch etwas transformiert. Die Transformationen waren durch die politische Realität nach dem Zerfall der Sowjetunion bedingt, der seinerseits zur Verlagerung des Kräfteverhältnisses zugunsten der unter einem direkten Einfluss der Vereinigten Staaten von Amerika stehenden westlichen Staaten führte. Die Tätigkeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die berufen worden war, ein »einheitliches und untrennbares« System der kollektiven Sicherheit in der europäischen Region zu etablieren, wurde zum Teil durch die Osterweiterung der militärpolitischen Nordatlantikkallianz (NATO) erschwert.

Russland erklärte seinerseits offen, dass es die entstandene Situation im europäischen und globalen Sicherheitssystem nicht akzeptiere. Es geschah 2007, als der russische Präsident Wladimir Putin während der Münchner Sicherheitskonferenz die Erweiterung der NATO in Richtung Russland kritisierte und die hegemoniale Politik der USA in der Welt und in der Region verurteilte. Den Trend hin zu einer unipolaren Welt bezeichnete er als grundsätzlich destruktiv¹. Seitdem stützte sich der russische Diskurs in der Außen- und Sicherheitspolitik größtenteils auf das Prinzip der Einheit und Unteilbarkeit des Sicherheitsraumes. Es wurden Initiativen unterbreitet, feste Rechtsgrundlagen für ein neues, inklusiveres und deswegen zuverlässigeres System der kollektiven Sicherheit zu schaffen. Die Struktur würde unter anderem eine Klausel über obligatorische kollektive Verteidigung beinhalten, ähnlich wie im Artikel 5 des Nordatlantikvertrages, laut dem ein Krieg gegen ein Mitglied der Allianz einem Krieg gegen alle ihre Mitglieder gleichgestellt wird². Trotzdem ignorierten westliche Partner weitgehend ähnliche Initiativen, und aus der komplizierten politischen Atmosphäre des Kampfes um Einflussphären in der europäischen Region entstanden mehrere Konflikte, die ernsthaft genug waren, um den Frieden zwischen den Mitgliedsstaaten zu gefährden. Der größte von ihnen war die politische Krise in der Ukraine, die seit 2013 andauert, wenn auch nicht mehr so aktiv. Die Ukraine-Krise bescherte Russland den Ruf eines Aggressors und brachte die Situation auf eine globale Ebene, wo sie als eine neue Phase der Konfrontation zwischen Russland und dem Westen wahrgenommen wird. Das ließ manche Experten diese Krise mit einem »kühlen Krieg«³ vergleichen, also mit einer Konfrontation, die sich vom Kalten Krieg durch ihren regionalen Charakter unterscheidet, jedoch wesentlich angespannter verläuft. Diese Veränderungen in der Dynamik zwischen den Parteien, die am Anfang des sich vor unseren Augen abspielenden Wandels in der europäischen Sicherheitsordnung gestanden hatten, stellten die friedliche Koexistenz und die nachhaltige Entwicklung der kollektiven Sicherheit in der Region infrage. Drüber forschen heute Experten für internationale Beziehungen in Europa und in der ganzen Welt. Das komplexe und vielschichtige System der zwischenstaatlichen Beziehungen auf dem europäischen Kontinent, das von zahlreichen internationalen Faktoren und Akteuren beeinflusst wird, ist für innen- und außenpolitische Prozesse in der ganzen Welt von Bedeutung. Die durch diplomatische und territoriale Konflikte befeuerte Krise, die dieses System momentan offensichtlich erlebt, zwingt dazu, nach Lösungen für europäische Differenzen zu suchen und

deren reale Perspektiven zu bestimmen. Insbesondere betrifft es die Expertengemeinschaft in den USA, dem Schlüsselakteur der globalen Politik. Im Großen und Ganzen kann man dort zwei mögliche Richtungen in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verfolgen.

Die erste Richtung, die »konfrontative«, behalten sich die »Falken« in der US-amerikanischen politischen Klasse vor, sie wird vor allem auch von den konservativen Teilen der Öffentlichkeit mitgetragen. Die meisten Experten in diesem Lager setzen sich für die Fortsetzung der antirussischen Sanktionen ein, die 2014 wegen der Eingliederung der Krim in die Russische Föderation eingeführt wurden. Manche Experten äußerten sich schon damals im Sinne einer langfristigen Aufhebung der Sanktionen, die nach Meinung der Fachleute die Kooperation zwischen Russland, den USA und der Europäischen Union erschweren und im Grunde genommen »nicht konstruktiv und ineffizient«⁴ seien. Bis heute wird ab und zu aufgerufen, die Ausrichtung der Sanktionspolitik zu ändern und sich auf punktuelle Maßnahmen im Finanzsektor zu beschränken⁵. Eine bedeutende Zahl von Experten plädieren auch für die Festigung der transatlantischen Solidarität und bestehen darauf, dass die USA jene Länder der europäischen Region militärisch zu unterstützen haben, die von Russland mit Gewalt bedroht werden können. Dabei geht es in den konservativen Kreisen in erster Linie um die baltischen Staaten, weil diese am empfindlichsten sind⁶. Trotz dieser Vorsicht halten Experten den damit einhergehenden Einsatz von Kernwaffen für unerwünscht, das Gleiche gilt auch für *boots on the ground*, eine Stationierung von US-Soldaten vor Ort. Stattdessen sollte man auf konventionelle Waffen und intensivere Truppenübungen mit Schwerpunkt Offensive setzen⁷.

Auf der anderen Seite zeichnet sich im liberalen und zentrumsnahen Expertenlager eine andere Richtung ab, die »kooperative«. Vertreter des libertären Cato Institute bezogen zum Beispiel eine isolationistische Stellung. Sie erklärten, dass die USA im Unterschied zu Russland keine unmittelbaren Interessen in der Ukraine haben⁸ und setzten sich für die Aufhebung der nicht profitablen antirussischen Sanktionen⁹ und die Nichteinmischung in die europäischen politischen Prozesse ein. Russland wird nun gern als ein möglicher Partner gesehen, mit dem man sich am besten durch Verhandlungen und Kompromisse auseinandersetzt. Die Bereitschaft zu gegenseitigen Konzessionen kam nicht nur in allgemeinen Expertenäußerungen, sondern auch in konkreten Projekten zum Ausdruck. Gerade das Prinzip der friedlichen Koexistenz des Westens und Russlands bildete die Grundlage für die »Entspannung plus«, ein außenpolitisches Konzept, das der Ehrenpräsident des Council on Foreign Relations Leslie H. Gelb¹⁰ vorgeschlagen hatte. Teil des Konzepts war die These, dass es sinnvoll wäre, Russland den Großmachtstatus zuzugestehen und mit ihm gerade auf dieser Ebene zu kooperieren. Mehr noch, einige Experten meinen, es sei notwendig, »schlafende« beratende Gremien wie die G8 und den Russland-Nato-Rat wiederzubeleben sowie Gespräche auf höchster Ebene zwischen der Europäischen und der Eurasischen Union aufzunehmen¹¹. Experten halten eine Ausweitung der Informationsströme und Förderung der Bildungskontakte zwischen russischen und westlichen Bürgern für »die beste langfristige Investition, die der Westen in Russland machen kann«. Eine Kooperation gerade in diesen Bereichen kann laut Experten eine Grundlage dafür bilden, dass die Öffentlichkeit friedliche und fortschrittliche bilaterale Beziehungen unterstützt¹².

Die in der US-amerikanischen Expertengemeinschaft vertretenen Meinungen zeichnen sich durch ihre Vielfalt aus, die allgemeine Prognose ist jedoch optimistisch. Trotz der Stabilität der Politik der »Falken« wird ein Trend hin zu einem verhältnismäßig positiven Russlandbild im Westen und einer Zusammenarbeit deutlich. Konstruktive Kooperationsvorschläge und ein Verzicht auf direkte Gewaltanwendung bedeuten eine reale Chance, das politische Klima in der europäischen Region wieder zu verbessern. Dieser These stimmen viele Politiker diesseits des Atlantiks zu, darunter auch der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker¹³, der meinte, es sei unmöglich, ohne Russland ein stabiles Sicherheitssystem in Europa aufzubauen. Das stärkt die Hoffnung darauf, dass sich mittelfristig ein

effizienter multilateraler Dialog etabliert, insbesondere auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und der Nichtweiterverbreitung. Es ist sinnvoll, diesen Dialog unter Einsatz aller bestehenden beratenden Strukturen und Gremien oder auf einer vollständig neuen inklusiven Dialogplattform zu führen, die die Parteien noch zu schaffen haben. Außerdem sollten Kontakte in ausgewählten Bereichen wie Kultur, Bildung, Forschung, Recht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Freiwilligentätigkeit gefördert werden. Wenn man auf das Streben nach Fortschritt und Entwicklung, nach kultureller Bereicherung und Wohlstand setzt, das die Bürger der Russischen Föderation und der westlichen Staaten vereint und nur im Frieden denkbar ist, wenn man auf entfremdende Vorurteile und ideologische Korsette aus den Zeiten des Kalten Krieges verzichtet, dann werden die Stabilität des Systems der kollektiven Sicherheit und der Frieden nicht nur auf dem europäischen Kontinent, sondern auch auf dem ganzen Planeten wiederhergestellt.

Literaturverzeichnis

1. Выступление и дискуссия на Мюнхенской конференции по вопросам политики безопасности // Президент России. 10 февраля 2007 г. [Электронный ресурс] <<http://www.kremlin.ru/events/president/transcripts/24034>>
2. Североатлантический договор // Организация Североатлантического договора. 4 апреля 1949. [Электронный ресурс] <http://www.nato.int/cps/ru/natohq/official_texts_17120.htm>
3. Gordon, J., Larrabee, S., & Wilson, P. The Ukrainian Crisis and European Security. / Santa Monica, Calif.: RAND Corporation. 2015. 50 p.
4. Snegovaya, M. U.S. Adviser Warns That Russia Is Sapping World Order // The Moscow Times. April 27, 2015. [Электронный ресурс] <http://www.themoscowtimes.com/arts_n_ideas/news/article/us-adviser-warns-that-russia-other-world-powers-are-sapping-world-order/519872.html>
5. Pifer, S. Congress, Russia and Sanctions // The Brookings Institution. January 28, 2017. [Электронный ресурс] <<https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2017/01/18/congress-russia-and-sanctions/>>
6. Coffey L., Kochis, D. Time for the Baltic Air Policing Mission to Become the Baltic Air Defense Mission // The Heritage Foundation. October 2, 2017. [Электронный ресурс] <<https://www.heritage.org/defense/report/time-the-baltic-air-policing-mission-become-the-baltic-air-defense-mission>>
7. Kuhn, U. Preventing Escalation In the Baltics. A NATO Playbook. / Carnegie Endowment For International Peace. 2018. 102 p.
8. Relations with Russia / Cato Handbook for Policymakers. 8th edition. 2017. 772 p.
9. Ashford, E. Why New Russia Sanctions Won't Change Moscow's Behavior // Foreign Affairs. November 22, 2017. [Электронный ресурс] <<https://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2017-11-22/why-new-russia-sanctions-wont-change-moscows-behavior/>>
10. Gelb, L. Russia and America: Toward a New Détente // The National Interest. June 9, 2015. [Электронный ресурс] <<http://nationalinterest.org/feature/russia-america-toward-new-detente-13077/>>
11. The Future of Transatlantic Relations: a Debate // The Brookings Institution. January 31, 2018. [Электронный ресурс] <<https://www.brookings.edu/events/the-future-of-transatlantic-relations-a-debate/>>
12. Bond, I., Corboy, D., Courtney, W. & Yalowitz, K. The Next European Flashpoints. // The National Interest. February 15, 2015. [Электронный ресурс] <<http://nationalinterest.org/feature/the-next-european-flashpoints-12252/>>
13. EU's Juncker Calls for Better Ties with Russia, But Not at Any Cost // RFE/RL. August 29, 2017. [Электронный ресурс] <<https://www.rferl.org/a/eu-russia-juncker-urges-better-ties-not-any-cost/28703138.html>>

ELENA TENIUKOVA

*Masterstudierende im 2. Studienjahr, Fachrichtung
Internationale Beziehungen und Integrationsprozesse in Eurasien,
Institute of Business Studies, Russische Akademie für Volkswirtschaft
und öffentlichen Dienst beim Präsidenten der RF (RANEPA), Moskau*

Europäisches Sicherheitssystem: Chancen auf eine Regelung und Wege aus der Krise

Viele Experten würden dieses Essay mit dem sogenannten Phänomen Trump beginnen, es zeigt, wie ein Mann das ganze globale Machtgefüge zu Bruch fahren kann. Aber unsere Welt mit ihren etablierten Spielregeln (die je nach Situation überraschend flexibel sein können) wird mindestens seit Ende des 20. Jhs. durch den Globalisierungstrend nach vorne getrieben (Die Autorin teilt eher Wallersteins These, dass die Globalisierung aus der Entwicklung der Menschheit nicht mehr wegzudenken ist.) und schon seit Langem gnadenlos auf die Probe gestellt. Das Finanzkapital folgt seinem einzigen Begehren und zerstört nach Meinung der Autorin schon seit Langem Politik, Sicherheit und andere Bereiche der menschlichen Interaktion. Trump ist nur ein Paradebeispiel eines Geschäftsmanns an der Macht. Die Präsidentschaft ist für ihn bloß eine weitere Trophäe, nur etwas größer als ein Bohrturm oder ein postsowjetisches Land.

Es wird angenommen, dass die Zeit seit Ende des 19. Jhs. bis heute in Phasen aufgeteilt werden kann, die von Höhen und Tiefen in der Entwicklung des Finanzkapitals bestimmt werden: durch Entdeckung und Eroberung neuer Märkte sowie Krisen wegen deren Erschließung und wegen Mangels an neuen (und die Unmöglichkeit, die Skalenerträge zu maximieren). Das ist nicht der Zweck dieses Artikels, diese These wird nur angeführt, um das jetzige Stadium zu beschreiben, nämlich die Krise wegen des Mangels an neuen Märkten und des Auftauchens neuer Konkurrenten. Eine aggressivere Handelspolitik und Protektionismus begründen also eine aggressivere Politik. Die Autorin meint auch, dass sich die Verhaltensmodelle der Staaten im Welthandel heute sehr gut auf die Sicherheit übertragen lassen, insbesondere auf das europäische Sicherheitssystem (noch intakt, aber schon bröckelnd). Deswegen wird hier ein Versuch unternommen, Vergleiche zwischen Exzessen des Welthandels und der angespannten Lage im euroatlantischen Verantwortungsbereich zu ziehen. (Wessen Verantwortung es ist, wird am Ende des Artikels erklärt.)

Die Effizienz der bestehenden Institutionen im Welthandel wird in Zweifel gezogen (Das wurde Ende letzten Jahres auf der 11. WTO-Ministerkonferenz besonders deutlich.), Spielregeln verletzt. Am 8. März 2018 erhöhte Donald Trump zum Beispiel durch zwei Verordnungen die Importzölle für Aluminium auf 10 Prozent und für Stahl auf 25 Prozent. Die Erhöhung betrifft alle Staaten außer Mexiko und Kanada, begründet wurde sie mit »der Verteidigung der nationalen Sicherheit«. Diese Maßnahmen verstoßen gegen so ziemlich alle geltenden Regeln, nämlich gegen das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und das WTO-Übereinkommen über Schutzmaßnahmen, verletzen das Meistbegünstigungsprinzip und übersteigen den gebundenen Zollsatz in der WTO¹. Am 3. April gab Washington die Pläne bekannt, als Reaktion auf die Ergebnisse der 301-Untersuchung² 25-Prozent-Zölle für 1300 chinesische Waren einzuführen, deren Importe in die USA sich 2017 auf über 50 Mrd. US-Dollar belaufen haben. Das sind wiederum einseitige Maßnahmen, die nichts mit der WTO zu tun haben.

In der Welt beobachten wir gleichzeitig, wie sich Protektionismus entwickelt und wie man versucht, die Folgen protektionistischer Maßnahmen durch Regionalisierung abzufedern. Die EU konsolidiert zum

Beispiel ihre Bemühungen, um ihre wirtschaftlichen Interessen während und nach dem Brexit und in der Metallurgie durchzusetzen. Selbst zentralasiatische Staaten bauen ihre regionale Kooperation aus³.

Die gleichen Trends lassen sich auch im euroatlantischen Sicherheitssystem feststellen. Die 54. Münchner Sicherheitskonferenz machte eine Spaltung in der Öffentlichkeit deutlich: Die Welt weiß nicht mehr, an welche Regeln sie sich halten und wer darauf aufpassen soll, aber, als sei das schon nicht ausreichend genug, niemand will auch die Verantwortung übernehmen. Viele offizielle Repräsentanten entweder konzentrierten sich in ihren Reden auf ihre engen Probleme, oder verwendeten recht verschwommene Sätze.

Es war kein Zufall, dass wenige Wochen vor der Konferenz in München ihr Sekretariat einen Vortrag mit dem Titel »To the Brink – and Back?« veröffentlichte (mit einem symbolischen Coverbild, einem zerrissenen Zettel mit dem Wort »Treaty«). Der Vortrag stellt fest: »Im letzten Jahr trat die Welt näher – viel zu nah! – an den Rand eines bedeutenden Konflikts.«⁴ Im Text wird darauf hingewiesen, dass insbesondere der Konflikt zwischen der NATO und Russland eine Ursache der angespannten weltpolitischen Lage ist.

Ich werde nicht erneut darauf eingehen, dass der UN-Sicherheitsrat, wenn wir diesen zu den Institutionen zählen, die unter anderem auch über euroatlantische Fragen entscheiden, heute als Exekutivorgan in einer tiefen Krise wegen ernsthafter Differenzen zwischen seinen ständigen Mitgliedern steckt. Der UN-Generalsekretär António Guterres spricht überhaupt von einem neuen kalten Krieg, in dem sich die Welt heute befindet, dabei betont er: »Während des letzten Kalten Krieges gab es Instrumente für Dialog, Kontrolle und Kommunikation, die garantierten, dass die Situation nicht außer Kontrolle gerät, wenn ein Risiko der Konfrontation entsteht. Die Mechanismen existieren heute nicht mehr.«⁵

Wenn aus verschiedenen Stellen solche Signale eintreffen, ist es ein Grund, sich Gedanken zu machen. Das bedeutet zumindest, dass weder Institutionen, noch Plattformen, noch Spielregeln funktionsfähig genug sind, um eine stabile Sicherheit herzustellen.

Um jedoch eine fundierte Bilanz zu ziehen, sollte man noch tiefer in unser euroatlantisches System tauchen. Die Teilung der Region in »Freunde und Feinde« geschah noch 2014, die Trennungslinie verlief durch die Ukraine, langsam zerschneidet ein Skalpell den Körper des Systems in Moldawien und Serbien. Der Fall Skripal und die einvernehmliche Erklärung der Industriestaaten sollten der ganzen Welt zeigen, wie enig und unzertrennlich der NATO-Block ist. Aber es gibt einige wichtige Details, die kaum übersehen werden können. Erstens machten lediglich vier Staaten diese Erklärung: zwei angelsächsische, die USA und England, und die Lokomotiven der europäischen Integration Deutschland und Frankreich. Zweitens waren es nur Polen und die baltischen Staaten, die sich den Maßnahmen gegen Russland mit Freude anschlossen.

Und schließlich erinnern wir uns an folgende Worte: »Wir wollen transatlantisch bleiben – und zugleich europäischer werden.« Das sagte die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz. Man kann ihre Worte dermaßen deuten, dass Europa (oder besser: das entwickelte Europa, ohne die Schuldner an der Küste, die Einzelgänger im Norden und die Post-Warschau-Gebiete) sein eigenes kleines, gemütliches und sicheres Häuschen mit einem Zaun (!) drum herum innerhalb des bestehenden Systems bauen möchte. Wozu? Um seine Abhängigkeit von den Zielen der Außenwelt in Übersee (oder jenseits der Meeresstraße) zu reduzieren, und um auf eine Gefahr für die Sicherheit selbstständig zu reagieren, sollte diese entstehen. Soweit sich die Autorin erinnern kann, wird Russland in nur zwei Strategiepapieren ein Ziel oder eine Bedrohung genannt, und diese Papiere wurden

nicht in den erwähnten Staaten geschrieben. Selbst das Wort »Rivalität« in Verbindung mit Russland im Weißbuch des Bundesministeriums für Verteidigung kann man nicht als so gravierend betrachten⁶. Hier ist ein Trend zur Regionalisierung verborgen, und selbst gemeinsame transatlantische Erklärungen reichen kaum aus, um auf eigene Wünsche und Bedürfnisse zu verzichten.

Den Trend zum Protektionismus im europäischen Sicherheitssystem kann man hingegen in den USA beobachten, insbesondere was Rüstungslieferungen angeht (direkt mit der Wirtschaft verbunden). Eine künstlich erzeugte Nachfrage sorgt für einen Aufschwung in der ganzen erstarrten US-Wirtschaft, die kaum unter dem beginnenden Konflikt leiden, sondern wie im Ersten Weltkrieg eher davon profitieren wird.

Zusammenfassend kann man folgendes sagen. Im euroatlantischen Sicherheitssystem hat nicht bloß eine Krise begonnen (diese existiert schon länger), es ist vielmehr eine Stille mit starken Böen der Aggression. Es ist schwer, vorauszusagen, wie sich die Lage weiterentwickelt, aber die Autorin sieht keine frohe Zukunft. Das beste unter den schlimmsten Szenarien bedeutet eine vollständige Regionalisierung und Verringerung der Kontakte zwischen neu entstandenen Mikroregionen. Vielleicht wird diese Entwicklung den Staaten sich selbst und ihre Interessen und Wünsche besser verstehen helfen.

Fußnoten

¹ Мониторинг актуальных событий в области международной торговли № 9 [Электронный ресурс] – Режим доступа: [http://www.vavt.ru/materials/site/ea4a639fe903f21643258267004e2dc9/\\$file/Monitoring_9.pdf](http://www.vavt.ru/materials/site/ea4a639fe903f21643258267004e2dc9/$file/Monitoring_9.pdf)

² Хватка Трампа. Поможет ли ВТО Америке в торговой войне с Китаем [Электронный ресурс] – Режим доступа: <http://www.forbes.ru/biznes/359801-hvatka-trampa-pomozhet-li-vto-amerike-v-torgovoy-voyne-s-kitaem>

³ Сергей Лавров и другие в Мюнхене: сухой остаток [Электронный ресурс] – Режим доступа: <https://regnum.ru/news/polit/2410080.html>

⁴ To the Brink – and Back? [Электронный ресурс] – Режим доступа: <https://www.securityconference.de/en/discussion/munich-security-report/munich-security-report-2018/>

⁵ Генсек ООН: мир находится в состоянии новой холодной войны [Электронный ресурс] – Режим доступа: <https://sputnik.by/politics/20180423/1034980903/guterres-oon-sovet-bezopasnosti-strukturnye-reformy.html>

⁶ «Белая книга» Бундесвера [Электронный ресурс] – Режим доступа: <http://www.interfax.ru/world/512014>